

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Herausgeber und Chefredakteur:**  
Erich Nifringhaus, Berlin.  
Telephon: Zwei Dinstoff 4198/4199



**Redaktion für Berlin und Schriftleitung:**  
Berlin S 2 61, Dönhofsplatz 6  
Druckerschrift: Copaldruck

Die Lieferung erfolgt im Colportage.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung erlaubt. Abnahme mindestens 4 Bogen  
nur beim Druckverleger, wenn nicht anders verordnet. H. Nifringhaus für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 31. August 31.

Int. Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Entschlossen zum Kampf.

Die Parole des Frankfurter Gewerkschaftskongresses.

SPD. Frankfurt/M., 31. August (Eig. Dr.)

Ueber dem Gewerkschaftskongress, der am Montag in Frankfurt am Main eröffnet wurde, liegt Sturmstimmung. Dem Reichsarbeitsminister, der dem Kongress beiwohnte, wurden in den Begrüßungsworten des Bundesvorsitzenden Leipart, dem Bericht des Bundesvorstandes und in der Aussprache über den Bericht keine Lorbeerkränze gewunden.

Leiparts Begrüßungswort bildete ein Mahn- und Warnruf an die Reichsregierung und an das deutsche Unternehmertum. Er griff das Wort Ferdinand Lassalles auf, der in Frankfurt das Fundament der deutschen Arbeiterbewegung aus der Tiefe heraus baute und damals die Bedürfnislosigkeit der Arbeiter geisselte. Heute ist dieses Wort in gewissem Sinne aktueller, denn das Unternehmertum möchte den deutschen Arbeiter lieber in diese Bedürfnislosigkeit hinunterstossen. Hier aber, so betonte Leipart mit starkem Nachdruck, beginnt die Aufgabe des Kongresses: die Gewerkschaften werden nie und nimmer zugeben, dass die Arbeiterklasse noch einmal in hoffnungslose Verelendung hinabgestürzt wird. Als Leipart dann darauf hinwies, dass jeder Versuch, nach dem Muster der 80er Jahre wieder die Arbeiter mit Brutalität niederzuknüppeln, auf eisernen Widerstand stossen werde, lag über dem Kongress eine geradezu unheimlich wirkende Stille. Aus dem Beifall, der die Warnung des Bundesvorsitzenden an diese Adresse der Arbeiterschaft, sich nicht verbrecherischen Illusionen hinzugeben, unterstrich, klang entschlossene Kampfbereitschaft.

Der Reichsarbeitsminister, der im Reigen der Begrüßungsansprachen der Gäste das Wort ergriff, machte den Versuch, unter Hinweis auf die grossen Schwierigkeiten die Haltung der Regierung gegenüber der Arbeiterschaft zu rechtfertigen. Er fand manches mutige und kräftige Wort bei seinem Rechtfertigungsversuch. Leipart hat das in seinem Dankeswort an den Minister auch anerkannt. Trotzdem hat der Minister enttäuscht. Man hatte mehr von ihm erwartet, und das hat Leipart offen und freimütig hervorgehoben. Man rechnete damit, dass er endlich einmal ein mutiges Wort in der Frage der Arbeitszeitverkürzung sprechen werde. Das ist nicht geschehen. Auch in der Tariffrage sprach der Minister recht diplomatisch und vorsichtig und nicht mit Unrecht konnte in der Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes, der von Leipart erstattet wurde, Thomas vom Baugewerksbund erklären, die Rede des Reichsarbeitsministers sei am interessantesten dort gewesen, wo der Minister geschwiegen habe. Ueber die Haltung der Regierung in der Frage der Allgemeinverbindlichkeit, in der Lohnabbaufrage und auch in der Frage des Schlichtungswesens ist durch die Rede des Reichsarbeitsministers keine Klarheit geschaffen worden.

Der Minister erklärte, er wolle keinen neuen allgemeinen Lohnabbau. Treffend antwortete darauf Schleicher vom Holzarbeiterverband: Was heisst "allgemeiner" Lohnabbau? Auch der erste Lohnabbau war zunächst nur ein Abbau von Fall zu Fall, von Bezirk zu Bezirk, und erst allmählich wurde er ein all-

gemeiner Abbau. Das Schlichtungswesen soll nicht angetastet werden? Die Presse kündigte aber bereits eine Lockerung der Karteolle und Tarife per Verordnung an. Kommt diese Notverordnung ausgerechnet etwa in dem Augenblick, wo hier in Frankfurt die Gewerkschaften ihre warnende Stimme dagegen erheben?

Die Ausführungen des Reichsarbeitsministers stiessen im Kongress überhaupt allgemein auf Skepsis und Misstrauen. Man erinnerte ihn daran, dass die Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der allgemeinen Verbindlichkeit dem Lohnabbau Tür und Tor öffnet. Man erinnerte an die Notverordnung, die den Gemeindearbeitern so übel mitgespielt hat, indem sie tarifmässige Bedingungen einfach ausser Kraft setzte. Man erinnerte den Minister an tausend andere Dinge, die die Arbeiterschaft veranlassen müssen, auf der Hut zu sein. In der Aussprache tauchte bei der Kritik an der Politik des Reichsarbeitsministeriums sogar ein Hinweis auf Florian Geyer auf, dessen Wort von der "schönen und grossen Sache", weil die Verantwortlichen den Ernst der Stunde nicht erkannten, zerstört und vernichtet wurde. Diese grosse und schöne Sache ist der Friede des deutschen Volkes, und dieser Frieden ist bedroht, wenn die Warnung, die von Frankfurt her durch Deutschland dröhnt, nicht respektiert wird. Stürme sind unterwegs, das ist der Eindruck des ersten Tages des Frankfurter Kongresses. Aus allen Reden drang ein einziger Schrei der Empörung, des Unwillens und der Verbitterung der Arbeiterschaft heraus. So wie bisher geht es nicht weiter! Wie ein Leitmotiv klang dieser Schrei der getretenen Kreatur immer wieder aus der Ouvertüre des Kongresses. Wir schlittern in eine Katastrophe, wie wir in den Krieg geschlittert sind. Das Mass ist voll, wir müssen uns auf Kampf einstellen, wenn man glaubt, uns noch mehr zumuten zu können. So und ähnlich schrie es immer wieder aus der Welt der Empörung, die diesen bedeutungsvollsten aller Gewerkschaftskongresse durchzittert.

Ein stürmischer Auftakt!

-----

SPD. Hannover, 31. August (Eig. Drahtb.)

Vor dem Spruchausschuss des Landesarbeitsamtes Hannover kam ein geradezu unglaublicher Fall skandalöser Ausnutzung der Not der Arbeitslosen durch die Nationalsozialisten zur Verhandlung.

Die hannoversche Nazizeitung hat im hiesigen Arbeitsamt vor der Stempelstelle der weiblichen Büroangestellten Abfänger aufgestellt. Sie sprechen die arbeitslosen weiblichen Angestellten an und erklären diesern Opfern einer verkehrten Wirtschaftsordnung Arbeit und Verdienst verschaffen zu können. Die weiblichen Angestellten werden dann zum Büro der Nazizeitung geschleppt. Dort erzählt man ihnen, dass sie Arbeit erhalten könnten, wenn sie in die NSDAP eintreten würden. Vom Tarifgehalt ist natürlich keine Rede. Man bietet für die Arbeit in der Nazizeitung monatlich 40, 50 und im höchsten Falle 60 Mark. Auf den Einwand der Mädchen, dass sie mit dem Gelde nicht auskommen können, wurde gesagt, man würde ihnen Zeit und Gelegenheit geben, weiter zum Stempeln zu gehen. Sie könnten ihre Arbeitslosenunterstützung nach wie vor abheben. Die auf diese Bauernfängerei hereingefallenen jungen Mädchen haben nicht nur eine fühlbare Ordnungsstrafe des Arbeitsamtes zu gewärtigen, sondern auch ein Verfahren wegen Betrug an der Arbeitslosenversicherung, wofür meistens auf Gefängnisstrafe erkannt wird.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

"Der Festungsgefangene Hans Wendt, der am 22.d.M. von einem Stadtausgang nicht in die Festung Gollnow zurückgekehrt war, ist in der Nacht zum 31.d.M. kurz nach 1 Uhr wieder in Gollnow eingeliefert worden. Wendt ist - neben anderen disziplinarischen Massnahmen - mit der dauernden Entziehung des Stadturlaubs bestraft worden, weil er sich dieser Vergünstigung unwürdig gezeigt hat; er hat das bei seiner Einlieferung ihm nach den Festungsvorschriften abgenommene ausdrückliche Versprechen, dass er den Stadturlaub nicht zur Flucht oder zu einer politischen Betätigung missbrauchen werde, gebrochen. Wendt wird zur Weiterverbüßung seiner Festungshaft in eine andere Festungshaftanstalt überführt werden."

SPD. Breslau, 31. August (Eig. Drahtb)

Die deutschnationale und nationalsozialistische Presse Schlesiens betreibt seit geraumer Zeit gegen den sozialdemokratischen Landrat Seibold des mittelschlesischen Landkreises Nimitzsch eine unerhörte Hetze. Als Anlass nimmt sie bedauerliche Unregelmässigkeiten in der Kassenverwaltung des Kreises, durch die Nimitzsch wahrscheinlich um mehrere 100 000 Mark geschädigt sein dürfte.

Wie im Verlauf einer Untersuchung und durch mehrfache Prüfungen durch die Revisoren des niederschlesischen Sparkassenverbandes festgestellt werden konnte trifft den Landrat nicht der geringste Vorwurf. Alleinschuldig ist der seit neun Jahren in der Kreisverwaltung tätige Oberrentmeister Buchecker, der jahrelang allgemeines Vertrauen genoss und dem Anschein nach durchaus nicht leichtfertig lebte. Buchecker hat seit 1926 zwei ihm befreundete stark verschuldete deutschnationale Grossgrundbesitzer sowie einem ebenfalls deutschnationalen Pächter ohne Genehmigung des Sparkassenverbandes und ohne Kenntnis des Landrats hohe Kredite gegeben. Dem Besitzer Scholz in Praus sind allein annähernd 350 000 Mark zugeflossen. Die Kredite waren auf der Basis fauler Wechsel gegeben. Laut Satzungsvorschrift mussten sie den Stempel des Amtes und zwei Unterschriften tragen. Beiden Erfordernissen war Genüge getan. Ausser Buchecker gab der zweite Kassenleiter seinen Namen zur Unterschrift ohne den Betrug zu erkennen. Da die Akzeptanten der Wechsel arme Kleinbauern waren, konnten die Wechsel nicht unmittelbar zu Geld gemacht werden. Die drei Besitzer liessen sie sich daher bei mehreren Banken girieren. Aus welchen Motiven Buchecker das Verbrechen begangen hat, ist noch nicht ermittelt. Entdeckt wurden die Verfehlungen durch Zufall in Verfolg eines zweiten jedoch bedeutungslosen Disziplinarverfahrens gegen den Oberrentmeister. Die Buchungen der Kredite waren auf verschiedene Konten und so geschickt erfolgt, dass sogar die Prüfer des Sparkassenverbandes niemals Verdacht schöpften.

Trotz dieses Tatbestandes schieben die Nationalsozialisten und Deutschnationalen die gesamte Schuld für den Vorfall auf den sozialdemokratischen Landrat. Die "nationale Notgemeinschaft" verlangt sofortige Einberufung des Kreistages, obwohl der Landrat bereits alle erforderlichen Massnahmen getroffen und Buchecker nach Beschlagnahme seiner Vermögenswerte aus dem Amt entfernt hat. Aber schliesslich prallt der Pfeil auf die Hetzer zurück; denn die Betrüger sind echt nationale Männer und keine Sozialdemokraten.

SPD. Wochenlang schwirrt es nun schon von Gerüchten über den Inhalt von neuen Notverordnungen des Reichskabinetts. Da die schwere Krise der deutschen Kreditwirtschaft die Gefahr eines weiteren Anwachsens der Arbeitslosigkeit und erhöhter Aufwendungen von Reich, Ländern und Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosen erfordert, so ist es selbstverständlich, dass die Reichsregierung Pläne zur Milderung der Wirtschaftskrise und zur Linderung des schweren Loses der Arbeitslosen erwägt.

Der engere Ausschuss des Reichskabinetts, dem die Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms für den Winter obliegt, hat in den letzten Wochen erhebliche Vorarbeiten geleistet. Aber alle Vorschläge und Pläne befinden sich noch im Stadium der Erwägung. Wie dieses Programm im einzelnen aussehen wird, lässt sich deshalb gegenwärtig noch nicht sagen. Das gilt insbesondere von dem Schicksal der Hauszinssteuer. Zwar ist es richtig, dass sehr einflussreiche Kreise auf einen erheblichen Abbau der Hauszinssteuer hinarbeiten, teils lediglich zugunsten des Hausbesitzes, teils auch zu dem Zweck, die Mieten etwas zu senken. Andere Kreise, vor allen Dingen die Länder und Gemeinden aber wehren sich sehr entschieden gegen solche Absichten, weil sie die öffentlichen Finanzen ausserordentlich schädigen und schwächen und die Fehlbeträge nur noch vermehren würden. Die Absicht, den Ausfall infolge einer Milderung der Hauszinssteuer durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer zu decken, begegnet ebenfalls stärkstem Widerstand, da eine solche Massnahme alle Ansätze zu einer Preissenkung zunichte machen würden. Wahrscheinlich wird eine neue Notverordnung der Reichsregierung auch die Massnahmen über die Bankenaufsicht, eine dringend notwendige Aktienreform, sowie Massnahmen enthalten, die die Hindernisse zur Preissenkung durch Kartelle, Innungen usw. beseitigen sollen.

Am Dienstag wird der Reichskanzler die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion empfangen. Bei der Aussprache wird es sich um die bereits früher zugesagten Änderungen der alten Juni-Notverordnung, aber auch um die Massnahmen handeln, die von der Regierung für die Zukunft beabsichtigt sind. Eine besondere Rolle werden dabei die so dringend notwendigen Schritte der Reichshilfe für die Gemeinden spielen.

+ + +

Die Kommunistische Reichstagsfraktion hat wieder einen Antrag auf Einberufung des Reichstags gestellt. Da Reichstagspräsident Löbe zurzeit verreist ist, wird die Entscheidung über die Einberufung des Ältestenrats erst in einigen Tagen fallen. Die Sitzung des Ältestenrats dürfte wahrscheinlich Anfang der nächsten Woche stattfinden.

-----

SPD. Köln, 31. August (Eig. Drahtb.)

Von den 3500 Kölner Fürsorgearbeitern befanden sich am Montag noch 1200 Mann im Ausstand. Die Streikenden haben am Montag von der Stadtverwaltung die Mitteilung erhalten, dass sie entlassen seien. Zwei Arbeiter, die der Aufforderung zum Streik nicht Folge leisteten, wurden von RGO-Leuten niedergeschlagen und erheblich verletzt. In der Mittelstadt wurde ein Turmwagen der Strassenbahn umgeworfen. Auch Mülltonnenwagen wurden umgekippt. Ihr Inhalt wurde auf der Strasse zerstreut.

In Düsseldorf ist der Streik der Fürsorgearbeiter zusammengebrochen. Am Montag-Morgen sind alle Arbeiter wieder zur Arbeit erschienen.

-----

SPD. Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. März 1931 hat in dem ersten Vierteljahr ihres Bestehens, also in den Monaten April, Mai und Juni 1931, zum Verbot von 1293 Versammlungen und Aufzügen geführt. Davon entfallen auf die Linksradikalen 933, auf die Rechtsradikalen 323 und auf Sonstige 37. Auf die grösseren Länder verteilt sich die Gesamtsumme von 1293 Verboten folgendermassen: Preussen 686, Bayern 257, Sachsen 122, Württemberg 19, Baden 37, Thüringen 66. Der Rest entfällt auf die übrigen 11 Länder.

Personenfahrten auf Lastwagen sind in der Berichtszeit insgesamt 374 verboten worden, davon 161 linksradikale, 204 rechtsradikale und 9 sonstige. In diesen Zahlen dürfte ein Hinweis auf die stärkere Finanzkraft der Rechts-

radikalen liegen.

Der Auflösung verfielen insgesamt 333 Versammlungen und Aufzüge. Preussen ist daran beteiligt mit 236, Bayern mit 19, Sachsen mit 33. In Württemberg sind keine Versammlungen und Aufzüge aufgelöst worden, in Baden nur 7. In Thüringen waren es 12. Von der Gesamtzahl von 333 entfallen auf Linke 209, auf Rechte 96, Sonstige 28.

Von dem Recht der Auflösung von Vereinigungen gemäss § 7 der Verordnung ist nur in einem Fall Gebrauch gemacht worden und zwar in Bremen.

Die in der Berichtszeit erlassenen 20 Uniformverbote treffen den Linksradikalismus mit nur 2, den Rechtsradikalismus mit 18 Fällen. Auch hier dürfte das finanzielle Moment hineinspielen.

Plakat- und Flugblattbeschlagnahmen wurden insgesamt 1286 gezählt. Davon 849 gegen links, 396 gegen rechts, und gegen sonstige 41. Die Druckschriftenbeschlagnahmen beziffern sich auf 177, wovon links mit 121, rechts mit 53 und sonstige mit 3 Fällen gezählt wurden.

Während nach den vorstehenden Ziffern die Rechte im Vergleich zur Linken gut abschneidet, war das in den ersten drei Monaten bei den Zeitungsverboten anders. Wenigstens wenn man auf die absoluten Zahlen sieht und die zahlenmässige Ueberlegenheit der Rechtspresse nicht berücksichtigt. Von insgesamt 48 Verboten wurden 17 linksradikale Organe, 28 Organe der Rechtspresse und 3 sonstige Blätter betroffen. Von den verbotenen Zeitungen haben 27 ihren Verlagsort in Preussen, 8 in Bayern, 4 in Sachsen, 2 in Württemberg und 4 in Baden.

Gegenüber den Verwaltungsmassnahmen der Verordnung gegen politische Ausschreitungen treten die Strafbestimmungen an praktischer Wirksamkeit zurück. Immerhin wurden in diesen drei Monaten insgesamt 1105 Personen verurteilt und nur 188 freigesprochen. Von den Verurteilten erhielten 6 eine Strafe von mehr als einem Jahr Gefängnis, 172 Gefängnis von 3 Monaten bis zu einem Jahr, 128 Gefängnis von weniger als 3 Monaten, 799 Geldstrafe.

Ueberblickt man die angeführten Zahlen, so wird man zu dem Ergebnis kommen, dass die Verordnung die politischen Ausschreitungen, mit deren Zunahme man sonst in sehr hohem Masse hätte rechnen müssen, eingedämmt hat und sie keineswegs einseitig gegen die Störer des inneren Friedens auf der rechten oder der linken Seite angewandt worden ist.

-----  
SPD. Hamburg, 31. August (Eig. Drahtb.)

Die Hamburger Arbeitgeberorganisation für die Hafenbetriebe hat die Lohn-tarife zum 30. September gekündigt. Der Hafenbetriebsverein verlangt einen Abbau der geltenden Schichtlöhne von 8.80 auf 7.-- Mark.

-----  
SPD. Die Führer der preussischen Lehrerschaft, die angesichts der Gerüchte über eine besondere Herabsetzung der Lehrergehälter in Magdeburg zu einer Tagung zusammengetreten waren, richteten an den preussischen Kultusminister Grimme folgendes Danktelegramm:

"Die aus allen Provinzen Preussens in Magdeburg versammelten Führer des Preussischen Lehrervereins anerkennen mit Hochachtung und Dankbarkeit Ihre entschiedene Haltung in der Abwehr jeglicher Sonderbehandlung der Volksschullehrer. Sie hoffen, dass es Ihnen auch weiter gelingt, die Interessen der Volksschule mit Erfolg zu wahren."

Wie verlautet, hat der preussische Kultusminister Grimme für den Fall, dass den preussischen Lehrern hinsichtlich der Gehaltsfrage eine schlechtere Behandlung zuteil werden sollte als den übrigen Beamten, seine Demission in Aussicht gestellt.

+ + +

In der Versammlung der Lehrerführer rief die Mitteilung stärksten Protest hervor, dass die neuen Abbaupläne, die im Rahmen der Notmassnahmen der preussischen Staatsregierung auch in der Schule durchgeführt werden dürften, nicht nur im Schulministerium bearbeitet werden, sondern dass der Versuch gemacht wird, vom Finanzministerium aus die einzelnen Massnahmen zu diktieren. Die Lehrer verlangten deshalb, dass die Sachkunde des Unterrichtsministeriums allein die Entscheidungen über das Wo und Wie der Sparmassnahmen zu treffen habe. Die Volksschule, so wurde in den Beratungen weiter betont, sei bereits durch die wiederholten Abbaumassnahmen in ihrem Bestande und in ihrer Arbeit geschwächt. Notwendig sei ein positives Aufbau- und Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Bedeutung einer leistungsfähigen Schule als Grundlage für den notwendigen geistigen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes anerkenne und dem Niedergang der Volksschule Einhalt gebiete.

SPD. Braunschweig, 31. August (Eig. Dr.)

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig hat freiwillig auf den 12 000 Mark übersteigenden Teil seines Einkommens verzichtet. Schon seit längerer Zeit hat Oberbürgermeister Böhme dem städtischen Wohlfahrtsamt jeden Monat mehrere 100 Mark seines Gehalts überwiesen.

SPD. Der Putschist und abgehalfterte Führer der österreichischen Heimwehr Major Pabst, weilt seit mehreren Tagen in Berlin und steht im Begriff sich in der Reichshauptstadt niederzulassen. Er hat gemeinsam mit Hugenbergs Scherlverlag einen Literaturvertrieb gegründet, in den er 45 000 Mark eingebracht hat.

Was dieser Literaturvertrieb soll, ist bei dem Charakter und der politischen Einstellung seiner Gründer nicht schwer zu erraten. Man will die Not der Zeit zu einer neuen, unter neutralem Namen, geführten Hetzkampagne ausnutzen. Man will die Erregung des Volkes zur Siedehitze steigern. Am Ende steht die Absicht des Putsches, für dessen Vorbereitung und Inszenierung Herr Pabst angesichts der Vergangenheit in den Augen Hugenbergs besonders geeignet erscheint. Aber mehr als das interessiert uns zunächst die Frage: Wo hat der arme Herr Pabst die 45 000 Mark her, die er in den Hetzverlag eingebracht hat? Es ist bekannt, dass er vor Monaten von italienischen Faschisten für die Heimwehr rund 200 000 Mark in Lire erhalten hat. Eine klare Abrechnung über dieses Geld hat er nie gegeben, obwohl die österreichische Heimwehr wiederholt derartige Abrechnungen gefordert hat. Tun sich hier etwa Zusammenhänge auf?

Angesichts der Rückkehr des Herrn Pabst nach Berlin bleibt schliesslich noch zu erwähnen, dass Hugenberg kürzlich einen neuen Anbiederungsversuch bei der Reichswehr gemacht hat. Darf man erfahren, ob der Besuch des Reichskanzlers bei dem in Urlaub befindlichen Chef der Heeresleitung in Wildbach, der anlässlich der kürzlichen Anwesenheit des Reichskanzlers in Stuttgart vor sich ging mit Hugenbergs Anbiederungsversuch in Zusammenhang zu bringen ist?

Ehe Pabst nach Berlin übersiedelte, hat er bei Hitler sein Glück versucht. Dort ist er abgeblitzt. Seine Landung bei Hugenberg ist ein neues Zeichen für die verzweifelte Lage der Deutschnationalen Volkspartei. Sie hofft jetzt auf den Putschisten zunächst als Agitator und dann als Rebell. Das ist die letzte Phase zum endgültigen Bankrott einer einst grossen Partei.

SPD. Genf, 31. August (Eig. Drahtb.)

Das Unterkomitee des Europa-Ausschusses beschäftigte sich am Montag mit dem von Russland vorgelegten Plan eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes. Nach Litwinoffs Erläuterungen ergab sich wiederum wie im Mai allgemeine prin-

zipielle Zustimmung. Der Ausschuss erklärte sich jedoch ausserstande, angesichts der vielen ungeklärten Rückwirkungen eines so bedeutsamen Vertrages bereits endgültig Stellung zu nehmen. Es wurde deshalb beschlossen, zunächst das ganze Werk einem Redaktionsausschuss anzuvertrauen, der es später der Europa-Kommission anheimstellen wird, an welchen Ausschuss des Völkerbundes der Pakt zur endgültigen Beratung und Stellungnahme überwiesen werden soll.

Litwinoff lehnte es zu Beginn der Sitzung ab, seinen Entwurf zu verteidigen, da er so durchsichtig sei, sein Aufbau so einfach und seine Ziele so einleuchtend seien, dass er keines Kommentars bedürfe. Um aber geäußerte Zweifel zu zerstreuen, erklärte er, der Pakt sei aufgebaut auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung. Dieses Prinzip schliesse die Ausschaltung eines Landes aus durch Schaffung von Wirtschaftsbedingungen für dieses Land, die es in eine benachteiligte Stellung gegenüber anderen Ländern bringen könnten. Daher stelle dieses Prinzip eine andere und umgekehrte Wirkung des Prinzips der Meistbegünstigung dar und es garantiere andererseits den Unterzeichnern die Unberührtheit von spezifisch schädlicher Behandlung, die nicht auf andere Staaten angewandt werde. Die Diskriminierung oder die Anwendung wirtschaftsschädigender Massnahmen werde daher bedingungen, dass wirtschaftliche Angriffe international als ungesetzlich gelten müssen. Wirtschaftlicher Angriff, gegen den der Pakt sich richtet, sei: 1) Angriff auf einen Staat oder seine Organe durch gesetzgeberische oder verwaltungstechnische Massnahmen; 2) Angriff in Form einer Spezialbehandlung eines einzelnen Landes unter besonderen Umständen oder auf bestimmte Zeit; 3) Angriff gegen einen Staat, die Erzeugnisse eines Bodens oder seiner Industrie, seiner Handelsmarine oder seiner Bürger und Einrichtungen, soweit sie in der Produktion beschäftigt sind. Die Meistbegünstigung werde in nichts durch den Pakt eingeschränkt, ebensowenig mögliche Massnahmen zur Verteidigung der nationalen Produktion, soweit sie alle Länder betreffen und nicht nur gegen ein einzelnes Land gerichtet seien. Die Beseitigung des wirtschaftlichen Angriffs stelle eine wesentliche Beruhigung dar und die Ausschaltung einer wichtigen Krisenursache. Viele Delegierte hätten im Prinzip bereits im Mai den Ideen des Paktes zugestimmt, aber erklärt, sie könnten ohne Rücksprache mit ihren Regierungen keine Stellung nehmen. Seitdem wäre für Studium und Beratungen bereits vier Monate verfllossen. Deshalb sei zu hoffen, dass alle Delegierte jetzt endgültig die Stellung ihrer Regierungen darlegen könnten. Litwinow schloss mit der Bereitschaft, alle Anregungen, die die Grundidee des Paktes nicht beseitigen, gerne anzunehmen.

Als erster Diskussionsredner begrüßte Grandi-Italien aufs wärmste Litwinows Vorschlag und erklärte die Bereitschaft seiner Regierung, dem Pakt mit einigen Modifikationen beizutreten. Poncet-Frankreich erklärte dagegen, dass es unmöglich sei, jetzt schon eine endgültige Stellungnahme vorzunehmen. Es seien soviel ungeklärte Fragen in dem Pakt, dass ihn nichts dazu bestimmen könne, jetzt schon eine Entscheidung zu treffen. Ebenso betonten andere Redner die Schwierigkeiten, die sich aus der Verschiedenheit der Handels- und Wirtschaftssysteme, aus der Meistbegünstigungsklausel und aus Präferenzverträgen ergeben würden. Endlich machte Reichsaussenminister Curtius den Vermittlungsvorschlag, der oben gekennzeichnet ist und der auch angenommen wurde.

SPD. Antlich wird mitgeteilt:

In der französischen und niederländischen Presse sind Nachrichten erschienen über ein angebliches deutsches Artillerie-Depot in Holland, das von der Firma Vlessing & Co. in Haag angelegt worden sein soll. Diese Veröffentlichungen werden vielfach als "Enthüllungen über deutsche Rüstungen" verbreitet. Hierzu ist festzustellen, dass es sich keineswegs um "deutsche Rüstungen" handelt. Mit der Firma Vlessing & Co. oder irgend einer anderen, in dem Arti-

kel genannten holländischen Firma hat das Reichswehrministerium nicht die geringsten Beziehungen. In Holland, wie überhaupt im Ausland befindet sich kein Geschütz, was für die deutsche Reichswehr bestimmt ist.

---

SPD. Genf, 31. August (Eig. Drahtb.)

Auf einem im Internationalen Arbeitsamt tagenden internationalen Kongress für den Bau von Autostrassen wies Direktor Albert Thomas auf die Wichtigkeit dieser öffentlichen Arbeiten für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit hin. Die Finanzierung sei wesentlich erleichtert, wenn erst einmal die internationale Industriekreditbank ins Leben getreten sei, die in erster Linie für die Finanzierung solcher Arbeiten Kredite geben werde.

---

SPD. Der von dem Putschisten Pabst gemeinsam mit Hugenbergs Scherlverlag gegründete Literaturvertrieb führt den bezeichnenden Namen "Tradition". Sein Sitz ist in der Wilhelmstrasse in der Nähe des Regierungsviertels. Wahrscheinlich deshalb die Firma "Tradition". Tradition im Sinne der Kapp, Lüttwitz und Pabst.

---

SPD. Köln, 31. August (Eig. Drahtb.)

In einer Gruft des Friedhofes Melaten in Köln wurde in der Nacht zum Montag ein Sarg erbrochen. Die sterblichen Ueberreste eines älteren Mannes wurden in nicht wiederzugebender Weise zerstückelt. Die Polizei nimmt an, dass der Täter ein Geisteskranker war.

---

SPD. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat dieser Tage eine neue Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützungen beschlossen, die nunmehr in ihrem amtlichen Wortlaut vorliegt. Das Entscheidende ist, dass die Unterstützungssätze für die Kurzarbeiter eine Anpassung an die für sämtliche Arbeitslosen gesenkten Unterstützungssätze erfahren. Im übrigen ist der Gesamtinhalt des Kurzarbeiterunterstützungsrechts neu gefasst worden und dadurch auch für den einzelnen Arbeitslosen bzw. für den Kurzarbeiter leichter verständlich geworden. Das ist insofern bedeutsam, als jedem einzelnen, der nach der neuen Verordnung einen Unterstützungsanspruch hat, die Möglichkeit gegeben ist, sich von der ordnungsmässigen Anwendung der Bestimmungen in seinem Einzelfall bzw. dem Einzelfall des Betriebes, zu dem er gehört, zu überzeugen.

Die neue Verordnung regelt zunächst die Voraussetzungen des Unterstützungsanspruchs, nach der jeder Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes, in dem mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigt werden, aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung eine Kurzarbeiterunterstützung erhält, wenn in einer Kalenderwoche infolge Arbeitsmangels in seinem Betriebe 3, 4 oder 5 Arbeitstage ausfallen. Die Höhe der Unterstützung, die alsdann gezahlt wird, richtet sich einmal nach dem Arbeitsverdienst, den der Arbeitnehmer bei voller Arbeit haben würde, ferner nach der sozialen Seite nach der Zahl der Angehörigen, die zu ihm gehören und schliesslich auch noch nach der Zahl der ausfallenden Arbeitstage. So erhält z. B. ein Arbeitnehmer, der allein steht und drei Ausfalltage in der Woche hat, eine Unterstützung zwischen M. 1.-- und M. 2,90 wöchentlich, je nachdem wieviel er bei Vollarbeit verdient hat. Im Höchsthalle dagegen kann ein Kurzarbeiter, der fünf Ausfalltage in der Woche hat und der beispielsweise



4 oder mehr zuschlagsberechtigte Angehörige zu ernähren hat, eine Unterstützung zwischen M.4,60 und M.21,30 wöchentlich erhalten, ebenfalls nach der Höhe seines Vollverdienstes ohne eingetretene Kurzarbeit gestaffelt. Im Gegensatz zu den versicherungsmässig voll unterstützten Arbeitslosen gibt es eine Wartezeit, d.h. eine Karenzzeit, in der keine Unterstützung gezahlt wird, für den einzelnen Kurzarbeiter nicht. Die Unterstützung beginnt in der nächsten Kalenderwoche, nachdem die Anzeige über die Kurzarbeit an das Arbeitsamt erfolgt ist.

Die neue Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützungen tritt mit dem 31. August in Kraft. Gleichzeitig sind alle bisherigen Vorschriften über die Kurzarbeiterunterstützung ausser Kraft getreten.

SPD. Die preussische Staatsregierung wird am Dienstag zu den in den einzelnen Ministerien ausgearbeiteten Sparplänen Stellung nehmen. Das Ziel der in eine Notverordnung zusammenzufassenden Aktion ist die Behebung des Defizits im preussischen Staatshaushalt.

Der preussische Landtag tritt wahrscheinlich am Dienstag den 8. September zur Beratung des kommunistischen Misstrauensantrages gegen das Staatsministerium zusammen.

SPD. Eisenach, 31. August (Eig. Drahtb.)  
Das einzige nationalsozialistische Mitglied des Eisenacher Stadtrats Kluhsman ist zu den Kommunisten übergetreten. Kluhsman gehörte seit Wochen der revolutionären nationalsozialistischen Bewegung an. Seinen Uebertritt begründete er in einer sozialdemokratischen Versammlung. Die Versammlungsteilnehmer beglückwünschten die KPD unter Hohngelächter zu diesem Zuwachs.

SPD. Achtung! An die Redaktionen! Im Aufruf des Parteivorstandes zum 1. September ist versehentlich ein wesentlicher Satz ausgelassen worden. Wir bitten die Redaktionen, ihn wie folgt hinzuzufügen. Der 7. Absatz heisst jetzt :

Genossinnen und Genossen! Setzt Euch zur Wehr. Sagt denen, die falschen Propheten folgen, immer wieder:

Gebt uns die Mehrheit,

damit wir aus kapitalistischer Wirtschafts-anarchie Wirtschaftsordnung machen.

Dann geht es laut Manuskriptvorlage weiter.....

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. Frankfurt/M., 31. August (Eig. Dr.)

Der Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde am Montag durch einen wirkungsvollen Auftakt eröffnet. Der Andrang zum Kongress ist überaus stark - ein Zeichen, dass er in der breitesten Öffentlichkeit stärkstem Interesse begegnet. Neben den Delegierten sind zahlreiche Gäste erschienen; darunter Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Theodor Leipart

eröffnete den Kongress mit einem Begrüßungswort, in dem er mit besonderem Nachdruck auf den Ernst der Stunde hinwies, in der die Freien Gewerkschaften zusammengefunden haben, um der deutschen Arbeiterschaft aus der Not dieser Tage herauszuhelfen. Nach einem historischen Rückblick auf die erste Tagung der Freien Gewerkschaften in Frankfurt/Main und auf die Bedeutung der Stadt Frankfurt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt umschreibt Leipart die Aufgaben des Kongresses: Dieser Kongress - so führt er aus - muss klar und entscheidend Stellung nehmen zur Wirtschaftsnot und in erster Linie zur Not der Arbeiterschaft. Er muss die Ursachen unserer Not zu ergründen versuchen und mit der Regierung und den Unternehmern ein ernstes Wort sprechen. Der Reichskanzler war durchaus im Recht, als er den Führern der Privatwirtschaft ins Gewissen redete und sie ermahnte, endlich in sich zu gehen. Wir hatten bisher keinen Einfluss auf diese Wirtschaftsführung, und deshalb lehnen wir auch die Verantwortung für die furchtbaren Zustände, unter denen gegenwärtig das Volk leidet, ab. Aber für die Zukunft des deutschen Volkes und vor allem der deutschen Arbeiter fühlen wir uns verantwortlich, und deshalb betonen wir hier in Frankfurt in dieser Stunde: so wie bisher kann es nicht länger fortgehen! Innen- und aussenpolitisch müssen entscheidende Schritte zur Linderung der Not unternommen werden. Europa kann nicht mehr, wie Herriot dieser Tage geschrieben hat, nach den alten Formeln weiterleben. Vor allem müssen Deutschland und England, die beide am schlimmsten von der Krise betroffen sind, versuchen, einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun. Die deutschen und englischen Arbeiter müssen unter Führung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu einer befreienden Tat vorstossen. Die bürgerliche Welt aber muss nun wirklich bald erkennen, dass sie unmöglich das Glück der Volksmassen bis in alle Ewigkeit missachten kann. Der frevelhafte Glaube, dass die Arbeiter sich alles gefallen lassen, muss sich eines Tages wieder rächen. Die Kreise um Hitler und Thälmann aber sollen nicht vergessen, dass die frei organisierte Arbeiterschaft zu kämpfen und zu fechten versteht.

Die Eröffnungsworte Leiparts machten auf den Kongress tiefen Eindruck. Sie wurden wiederholt von Beifall unterstrichen. Nach Leipart begrüßte Miesbach, der Vertreter des Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften von Frankfurt den Kongress. Mit viel Humor und Herzlichkeit hiess dann der Bürgermeister der Stadt Frankfurt, Gräf, den Kongress willkommen. Anschliessend nahm

Reichsarbeitsminister Stegerwald

in längeren Ausführungen zu den Forderungen der Gewerkschaften Stellung. Er bemühte sich, nachzuweisen, dass die Regierung infolge der ungeheuren Schwierigkeiten auch beim besten Willen eine unpopuläre Politik machen müsse. Ihre nächsten Aufgaben seien die Befriedung Europas und die Rettung des demokratischen Staates. U.a. führte Stegerwald aus:

"Die erste Aufgabe der nächsten Wochen und Monate besteht darin, wie bei knapper Gold- und Devisenbasis die Wirtschaft aufrechterhalten und ihr wenn auch nur ein langsamer Antrieb gegeben werden kann. Ich bin der festen Ueberzeugung - und darin sollten m.E. die Gewerkschaften aller Richtungen übereinstimmen -, dass das, was in den letzten Jahren von der deutschen Wirtschaft auf den verschiedensten Gebieten gefordert worden ist, von ihr garnicht geleistet werden konnte. Die Siegerstaaten haben versucht, die deutschen politischen Tributzahlungen zu kommerzialisieren, sie in privatwirtschaftliche Einzelforderungen umzuwandeln und sie dann in das privatkapitalistische System der Welt

einzubauen, was sich nunmehr als unmöglich und undurchführbar herausgestellt hat. Durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen sind uns zwischen 100 bis 150 Milliarden vernichtet oder entzogen worden. Die deutsche Wirtschaft sollte mehrere Milliarden überhöhter Zinsen herauswirtschaften, sehr hohe Steuern aufbringen, einen stark aufgeblähten Verwaltungsapparat in der öffentlichen und in der Privatwirtschaft unterhalten; es haben sich teilweise chaotische Zustände im Güterverteilungsapparat herausgebildet, es sollten anständige Löhne bezahlt und hohe Beiträge zur Sozialversicherung aufgebracht werden. Das alles zusammen konnte keine Wirtschaft leisten. Gegenwärtig stecken in der deutschen privaten und öffentlichen Wirtschaft rund 90 Milliarden RM lang- und kurzfristige Kredite, die in den letzten Jahren etwa mit 3 bis 4 % höher verzinst werden mussten, als in anderen mit Deutschland vergleichbaren Ländern. 1% Zinsen von 90 Milliarden RM Kredite sind 900 Millionen RM, d.h. die deutsche Wirtschaft hatte in den letzten Jahren neben 2 Milliarden RM Reparationen noch an 3 Milliarden RM überhöhte Zinsen aufzubringen. Dieser Betrag stellte mehr als 10 % der Löhne und Gehälter dar, die gegenwärtig in der deutschen Privatwirtschaft bezahlt werden. Dazu kommt ein ungeheuer aufgeblähter Verwaltungsapparat in Staat und Wirtschaft. Der Zuschussbedarf zur allgemeinen Verwaltung und zur Finanzverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden betrug

1913/14	544 Millionen RM,	1928/29	1473 Millionen RM,	zu den Hochschulen
1913/14	58 Millionen RM,	1928/29	174 Millionen RM;	zu den sonstigen Schulen
1913/14	911 Millionen RM,	1928/29	2125 Millionen RM,	zu den Gerichten
1913/14	116 Millionen RM,	1928/29	303 Millionen RM.	So ist es fast auf allen Gebieten der öffentlichen Wirtschaft. Und in der Privatwirtschaft ist es nicht anders. Ich kenne eine Anzahl industrieller Grossbetriebe, deren Gehaltskonto für die Angestellten sehr viel höher ist als das Lohnkonto derer, die in der Produktion tätig sind. In Notzeiten, wie sie die Gegenwart und die nächste Zukunft darstellen, sind <u>Gehälter von 300 000 RM und mehr ein grosses Volksärgernis</u> und zeugen von einer unverantwortlichen Einstellung. Auch in dem Verteilungsapparat der Privatwirtschaft herrscht noch auf vielen Gebieten ein grosses Chaos. Ich habe der Nominallohnfrage nie eine grosse Bedeutung beigemessen. Wenn sich die breiten Schichten mit 35 RM Wochenlohn mehr kaufen können als mit 45 RM, dann ist mir der erstere Zustand lieber. Ich vermag nicht daran zu glauben, dass die deutsche Zinsenfrage lediglich mit Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt geordnet werden könne. Die Zinsenfrage ist auch weitgehend eine politische und eine Organisationsfrage. Die Auffassung, die in dem einseitigen Sturm auf die Löhne und Gehälter das Allheilmittel für die Gesundung der deutschen Wirtschaft ansieht, lehne ich nachdrücklichst ab. Der gegenwärtige Zustand der deutschen Wirtschaft wird weitgehend auf den Staat und dessen Eingriffe zurückgeführt. Der Streit um die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft ist nicht neu. Schon Bismarck hat 1890 ausgesprochen, dass mit der Einführung der Sonntagsruhe den Arbeitern die Henne weggenommen würde, die ihnen die goldenen Eier lege. Es ist anders gekommen. Trotz zunehmender Sozialpolitik hatte Deutschland bis zum Ausbruch des Krieges einen ungeheuren Aufschwung aufzuweisen.

Neben der Sozialversicherung ist noch immer das Schlichtungswesen stark umstritten. Wenn ich aber recht sehe, ist man heute in dieser Frage nicht mehr ganz so weit auseinander, wie noch im letzten Jahre. Ein Verzicht auf die staatliche Schlichtung scheint mir ausgeschlossen. Wir bedürfen ihrer nicht nur zur Verhütung vermeidbarer Arbeitskämpfe, sondern auch zur Stützung unserer kollektiven Arbeitsverfassung, an der ich nach wie vor entschieden festhalte. Ich kann mir auch nicht denken, dass der Staat in Zeiten, in denen sich seine ordnende Hand auf allen Gebieten der Wirtschafts- und Finanzpolitik immer mehr als notwendig erweist, auf die Möglichkeit einer eigenen lohnpolitischen Betätigung verzichten könnte. Gerade in Krisenzeiten, wie wir sie jetzt durchleben, scheint mir ein staatlicher Schutz der Lohn- und Gehaltsempfänger nach wie vor unentbehrlich. Ueber die zweckmässigste Gestalt des Schlichtungswesens

sens kann man m.E. reden. Heute kann ich nur sagen: eine gesetzliche Änderung ist zur Zeit nicht beabsichtigt und, wenn sie im Rahmen eines Gesamtprogramms ins Auge gefasst werden sollte, wird dies keinesfalls geschehen, ohne dass die Frage mit den Gewerkschaften nochmals gründlich durchgesprochen wird.

Sehr ungünstig steht es gegenwärtig um die gesetzliche Sozialversicherung. Ich rechne damit, dass sie im Jahre 1932 ohne die Arbeitslosenversicherung rund 1 bis 1 1/4 Milliarden RM weniger Einnahmen haben wird als im Jahre 1929. Nun betragen schon jetzt die Beiträge zur Sozialversicherung 18 % des Grundlohnes. Dazu kommen noch für die nächsten 1 1/2 Jahre 2 % Krisensteuer. Ob mit den seitherigen Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und mit der jetzt geltenden Krisensteuer trotz grösster Sparsamkeit die Arbeitslosen über den nächsten Winter hinübergebracht werden können, ist noch zweifelhaft. Wenn aber schon jetzt 20 % des Grundlohns an Beiträgen zur Sozialversicherung und zur Krisensteuer erhoben werden, wenn die Steuerquellen des Reichs, der Länder und Gemeinden im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage fast alle bis auf den letzten Grund ausgeschöpft sind, wenn wir um eine Deflations- oder Redeflationspolitik mit allen ihren wirtschafts- und preispolitischen Folgen nicht herumkommen, da mehren sich die Sorgen des Arbeitsministers um die gesetzliche Sozialversicherung um die Fragen: Wie sollen die 4 Millionen RM, die die alte Sozialversicherung jährlich kostet, wie sollen weiterhin die 3 1/2 Milliarden RM, die notwendig sind zur Erhaltung der Arbeitslosen, aufgebracht werden?

Sie sind mit Recht stolz auf Ihre Organisationen, Ihre Jahreseinnahmen und Leistungen. Es gibt kaum eine andere Organisation der Welt, die auf ein ähnliches Werk zurückblicken kann. Der deutsche Arbeitsminister aber soll für die gesamte Sozialversicherung etwa dreissigmal soviel Mittel beschaffen, als die Jahreseinnahmen aller ihrer Verbände ausmachen. Und dennoch: Solange die gegenwärtige Regierung am Ruder ist, wird einmal für die Arbeitslosen das denkbar Mögliche geschehen und wird weiterhin bestimmt der Kern der deutschen Sozialversicherung erhalten werden. 100%ig freilich kann nicht all das, was in den letzten Jahrzehnten geschaffen worden ist, über die grösste Krise eines Jahrhunderts hinübergerettet werden. Aber das kann ich Ihnen sagen, dass nachdrücklichst versucht werden wird, den Kern und einen so hohen Prozentsatz, wie nur irgend möglich, zu erhalten.

In der Arbeitszeitfrage ist mir bekannt, dass Ihre Bewegung mit der Haltung des Arbeitsministeriums nicht zufrieden ist. Und trotzdem kann ich Ihnen eine Änderung auf der ganzen Linie nicht in Aussicht stellen. Die Arbeitszeitfrage ist bei Deutschlands Gesamtlage nicht bloss eine sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Angelegenheit, sie greift auch tief in den deutschen Wirtschafts- und Kreditaufbau ein. Deutschland wird im Hinblick auf seine Gold- und Devisenbasis seine Ausfuhr stärker forcieren müssen. Die 40 Stunden Arbeitswoche bedeutet aber für eine Reihe von Gewerben, Industrien und Betrieben eine immerhin ins Gewicht fallende Erhöhung der Selbstkosten und damit eine Erschwerung der Ausfuhr. Andererseits gibt es sicher auch zahlreiche Fälle, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Beeinträchtigung oder doch ohne wesentliche Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit möglich ist und in denen die alte Arbeitszeit mehr aus einer zwar begreiflichen, aber heute nicht mehr möglichen Gewohnheit festgehalten wird. Hier muss sich endlich die notwendige Rücksichtnahme auf die Arbeitsmarktlage durchsetzen und Sie dürfen überzeugt sein, dass alles geschehen wird, um die nötige Umstellung zu fördern und zu beschleunigen. Vergessen Sie aber nicht, dass auch die Gewerkschaften sehr zum Erfolg beitragen können, indem sie die Arbeiter über die Notwendigkeit einer gewissen Rationierung der Arbeit aufklären und verhüten, dass ihre Durchführung durch unmögliche Forderungen, besonders hinsichtlich des Lohnausgleichs erschwert wird.

Und damit komme ich zu der Frage: Wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter? Gegenwärtig werden weitgehende Vermutungen ausgesprochen über den demnächstigen Umfang der deutschen Arbeitslosigkeit. Zuverlässige

Ziffern zu nennen, aber ist sehr schwer. Es ist daher auch jetzt schwer zu sagen, welche arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen in einzelnen die gegenwärtige verstärkte Kapitalverknappung und Geldkrise zur Folge haben wird. Auf eine vergrösserte Arbeitslosigkeit im Vergleich zum letzten Winter werden wir uns aber einstellen müssen. Ich rechne damit, dass wir in den nächsten sieben Monaten, vom 1. September 1931 bis 31. März 1932 durch Arbeitslosenversicherung, Reich und Gemeinden an 2 Milliarden RM für die Arbeitslosen werden aufbringen müssen. Im Hinblick auf unsere Geld- und Devisenverknappung und im Hinblick auf den dadurch bedingten geringen Zahlungsmittelverkehr im Inneren werden in den nächsten Wochen alle Mittel angewandt werden müssen, um einmal die Arbeitslosigkeit auf den denkbar niedrigsten Stand herabzudrücken und um die Arbeitslosen selbst mit dem verfügbaren Geldaufwand ausreichend im nächsten Winter zu versorgen. Es wird bei solcher Sachlage vornehm zu prüfen sein:

1. Inwieweit Arbeitszeitverkürzungen ohne starke Gefährdung der Ausfuhr durchgeführt werden können, worüber ich ja bereits gesprochen habe.
2. Inwieweit periodische Auswechselungen einzelner Belegschaftsmitglieder mit Arbeitslosen möglich sind, um die Last der Arbeitslosigkeit gleichmässiger zu verteilen, ohne dass dadurch allerdings die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gestört oder eine Vermehrung der Kosten der Arbeitslosenversicherung herbeigeführt werden dürfte.
3. Inwieweit eine noch stärkere Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen möglich ist.
4. Ob in den grösseren Städten Volksküchen einzurichten sind.
5. Inwieweit eine Naturalverpflegung zur Einführung gelangen kann.

In Zahlen ausgedrückt, stehen wir vor folgender Situation: Ich sagte, dass ich in den sieben Herbst- und Wintermonaten mit einem Aufwand von etwa 2 Milliarden RM für die Arbeitslosen rechne. Davon dürfte ungefähr 500 Millionen RM an Mieten verausgabt und die restlichen 1500 Millionen RM dürften zu 80 % für Lebensmittel und Kohlen benötigt werden. Gegenwärtig steht die Sache so, dass der letzte Verbraucher häufig doppelt so viel für Lebensmittel bezahlt, als der Erzeuger erhält. Diese Praxis kann im nächsten Winter gegenüber den Arbeitslosen nicht durchgehalten werden. Die Städte werden in Verbindung mit den Konsumvereinen und dem Einzelhandel Vorkehrungen treffen müssen, wonach für die Arbeitslosen die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu wesentlich verbilligten Preisen erhältlich sind. Wir haben in diesem Jahre im allgemeinen eine gute Ernte hinter uns und volle Scheunen. In solcher Situation wäre es nicht zu verantworten, wenn unsere arbeitslosen Volksgenossen wegen der unzulänglichen Mobilisierung dieser Waren infolge der deutschen Gold- und Devisenlage und des daraus resultierenden geringen Zahlungsverkehrs hungern müssten. Die Gewerkschaftsmitglieder sind keine Grein- und Jammernmenschen. Eine ausserordentliche Notlage erfordert ausserordentliche Mittel. Das deutsche Volk müsste sich schämen, wenn es sich nicht die Kraft zur Bewältigung des nächsten Winters zutraute, und damit seine ganze Zukunft aufs Spiel setzte. Wir haben schon schlimmere Zeiten überstanden als den bevorstehenden Winter; es braucht nur an den Kohlrübenwinter von 1916/17 und an die Hochinflation vom Jahre 1923 erinnert zu werden.

Trotz aller Misere der Gegenwart ist es nicht wahr, dass die deutsche Arbeiterschaft bloss Ketten zu verlieren hat. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist entstanden und gewachsen gegen die staatlichen Machthaber. Was war in Deutschland die Arbeiterschaft vor 50 bis 70 Jahren im Vergleich zu heute? Ehedem haben die Handwerksgesellen in den Gewerbezentren vom frühen Morgen bis zum späten Abend gearbeitet, um dann die Sonntage in den dunkelsten Bier- und Schnapsspelunken zu verbringen. Heute zählt die deutsche Arbeiterschaft mit zu den geistig aufgewecktesten und intelligentesten Arbeitertypen der Welt, Dieser Arbeitertyp wäre garnicht denkbar ohne die vielseitige Arbeit der Gewerkschaften. Ueber diese Tagesbeobachtungen hinweg, muss man aber auch das Grosse und Gewaltige dessen sehen, was die Gewerkschaften neben der

Aufrüttelung der Massen bereits für Staat und Gesellschaft in den bittersten Stunden unseres Volkes nach dem politischen und militärischen Zusammenbruch, bei den Kämpfen um die Erhaltung des Reiches im Osten und Westen, für das Volksganze bedeutet und geleistet haben. Es ist selbstverständlich, dass Ihre Tagung aussprechen und beschliessen wird, was die hinter Ihnen stehenden Massen bewegt. Daneben möchte ich namens der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung, deren hier anwesende Vertreter mich darum gebeten haben, auch ihre Grüsse und Wünsche zu überbringen, den Wunsch aussprechen, dass der Verlauf Ihrer Tagung sich auch günstig für das Gesamtwohl von Volk und Vaterland auswirken möge. In diesem Sinne Glückauf für Ihre Arbeit."

Leipart dankte dem Reichsarbeitsminister für seine Rede: "Meine Nachbarn sagten mir, der alte Gewerkschaftskämpfer der christlichen Organisationen habe eine geschickte und gute Rede gehalten. Dass die Gewerkschaften mehr verlangen als die Regierung bewilligen kann, ist vielleicht wichtig. Ich hatte erwartet, dass der Minister uns in der Frage der 40-Stundenwoche eine freudige Überraschung bringen würde. Ich glaube, dass der Minister wenigstens für eine Industriezweig die Durchführung versichern könne. (Widerspruch Stegerwalds.) Wir wünschen einem Arbeitsminister, der nicht zurückweicht, sondern mutig vorwärts schreitet. Jedenfalls danken wir dem Minister dafür, dass er versprach, den Gedanken der Opfergemeinschaft endlich zur Tat werden zu lassen. Wir sind bereit, den Minister auf diesem Wege zu unterstützen. Wir bitten ihn, stark zu bleiben und uns nicht im Stich zu lassen."

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Schevenels überbrachte die Brudergrüsse der freien organisierten Arbeiterschaft der Welt. Die Krise, so betonte er, ist hauptsächlich eine Vertrauenskrise. Es fehlt nicht an Kapital, an Rohstoffen und Arbeitskräften, es fehlt nur an Vertrauen. Die Kapitalisten haben künstlich die Lage verschärft durch nationale und internationale Unterstützung des Faschismus. Sie wollen weitere Lohnkürzungen. Das bedeutet nur weitere Störung der Produktion, weitere Störung des Vertrauens. Auch auf die belgische und französische Arbeiterschaft drückt die Schuldenlast die die Kriegsverwehler ihr auferlegt haben. Nur schamloser Zynismus kann dem Sozialismus die Schuld an der Krise geben. Nicht nur die internationalen Schulden müssen gestrichen werden, sondern auch die Kriegsschulden im eigenen Staat - Die Mitteilung Schevenels, dass Kwapinski in Frankfurt nicht erscheinen konnte, weil die faschistische polnische Regierung ihm die Teilnahme an dem Kongress verweigerte, wurde mit stürmischen Pfui-Rufen beantwortet.

Grassmann beantwortete den Gruss der Gewerkschaftsinternationale mit dem Wort: "Wir lieben vereint, wir kämpfen vereint, wir haben alle nur einen Feind und dieser ist nur der Kapitalismus."

Die Grüsse des Internationalen Arbeitsamts überbrachte Direktor Donau-Berlin. Er teilte mit, dass Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, von Genf nicht abkommen könne, weil gerade in diesen Tagen im Europa-Ausschuss ein entscheidender Kampf um die Pläne des Arbeitsamts zur Durchführung einer internationalen Arbeitsbeschaffung ausgefochten werde. Thomas würde es begrüßen, wenn der Kongress eine Entschliessung annähme für die Unterstützung der Arbeitsbeschaffungspläne des Genfer Arbeitsamtes und zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Thomas grüsse die deutschen Gewerkschaften als eine Haupttriebkraft für die internationale Verständigung und das Internationale Arbeitsamt, danke für die lebhafteste Unterstützung durch die deutschen Gewerkschaften.

Leipart antwortet, Thomas' Arbeitsbeschaffungspläne seien eine sehr ernste, bedeutungsvolle Angelegenheit, aber bis die Regierungen sich international verständigten werde wohl noch viel Wasser den Main hinunterfliessen. Dem Kongress werde jedenfalls eine Entschliessung vorgelegt werden, in der die internationale Arbeitsbeschaffung als möglich und nötig empfohlen werde. Die Entschliessung werde einen Appell an die Reichsregierung richten, Thomas' Pläne mit aller Kraft zu unterstützen.

Der Vorsitzende des Afa-Bundes Aufhäuser überbrachte den kameradschaftlichen Gruss der freien Angestellten. "Wir sind mit Leipart der Auffassung, dass jetzt nicht Zeit ist Illusionen zu wecken. Wir können den Sozialismus nicht auf dem Präsentierteller herbeischaffen, wohl aber ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Konsequenzen aus dem Bankrott der sogenannten Wirtschaftsführer gezogen werden müssen. Der Einbau gemeinwirtschaftlicher Gedanken in die Wirtschaft ist aktuell und brennend geworden. Die Wirtschaft muss Objekt staatlicher Kontrolle und staatlichen Wirkens werden. Bei diesem Kampf wird der Afa-Bund an der Seite der Arbeiterschaft seine volle Pflicht tun. Der Frankfurter Gewerkschaftskongress und der Afa-Kongress, der in einem Monat in Leipzig stattfindet, müssen dem gemeinwirtschaftlichen Gedanken den Weg bahnen und den Arbeitslosen wie der gesamten Arbeiterschaft die Gewissheit geben, dass sie in ihrer schweren Not auf die Gewerkschaften rechnen können."

Die Grüsse des freigewerkschaftlichen Beamtenbundes überbrachte Albert Falkenberg von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Er warnte die Regierung sehr eindringlich, den Bogen zu überspannen; denn die Radikalisierung der Beamtenschaft, die man bei dem Abbau der Gehälter gar nicht erst frage, sondern einfach vergewaltige, mache reissend Fortschritte. Man müsse die Menschen doch leben lassen. Die Radikalisierung habe nur eine erfreuliche Seite: sie mache den Weg frei zu einem starken Zusammenwirken zwischen Beamten Angestellten und Arbeitern. Nicht stehen bleiben, weitermarschieren! Mit diesem Appell rufe er dem Kongress ein herzliches Glückauf zu.

Der Reigen der Begrüßungsansprachen wurde abgeschlossen von Bästlein-Hamburg, dem Vertreter der deutschen Konsumvereine, und Dr. Bachem, dem Direktor der Arbeiterbank, der für die wirtschaftlichen Eigenbetriebe der Gewerkschaften sprach und darauf hinwies, dass vor allem die geldwirtschaftlichen Betriebe der freien Gewerkschaften sich in der Krise gut gehalten haben.

Die Kongressleitung liegt in den Händen Leiparts, dem Vorsitzenden Brandes, dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes und Schumann, dem Führer des Gesamtverbandes. Im Anschluss an die Konstituierung des Büros erstattete Leipart den Geschäftsbericht

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Mit der Verschärfung der Arbeitslosigkeit begannen die Arbeitgeber mit einem allgemeinen Angriff auf die Löhne. Das Gesamtergebnis der Lohnkämpfe der letzten Jahre lässt sich dahin zusammenfassen: in den Jahren 1928 und 1929 gelang es den Gewerkschaften, die Tariflöhne etwa um 13 % zu verbessern; im Jahre 1930 mussten die übertariflichen Verdienste geopfert werden, und 1931 wurden die Tariflöhne um etwa 6 % gekürzt. Gegenwärtig bewegen sich die effektiven Stundenlöhne ungefähr auf derselben Höhe wie im Jahre 1928; die Wochenverdienste der Beschäftigten sind aber infolge der verkürzten Arbeit fühlbar gesunken.

Die Arbeitgeber versuchen die Lohnpolitik der Gewerkschaften für die Not verantwortlich zu machen. Sie sagen von 1925 bis 1929 habe sich die Summe der Löhne und Gehälter um den Betrag von 10 Milliarden Mark erhöht. Tatsächlich ergibt sich unter Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten der Wirtschaft ein Betrag von etwa 4,6 Milliarden Mark, was eine Steigerung von etwa 16 % bedeutet. War eine solche Steigerung übermässig und wirtschaftlich untragbar? Das Ergebnis des Wiederaufbaus der Industrie nach der Stabilisierung ist eine Steigerung der Produktivität der Arbeit um 25 bis 30 Prozent, während die Steigerung der Reallöhne sich auf 16 % beschränkte. Wenn das Gleichgewicht der Wirtschaft von der Lohnseite her gestört wurde, dann nur, weil die Kaufkraft der Volksmassen weit hinter der Produktivität der Arbeit zurückblieb. Ich will mit diesen Feststellungen die Bedeutung der tatsächlich erreichten Lohnsteigerungen nicht herabsetzen. Im Gegenteil: ich betone, dass dank dem System der Tarifverträge und dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften im Jahre 1930 der deutsche Binnenmarkt nicht so ausgehöhlt wurde, wie das der Fall gewesen wäre, wenn die Arbeitgeber die Löhne nach ihrem Wunsch hätten festsetzen können.

Die Reichsregierung kam den Unternehmern zu Hilfe, indem sie die Parole der allgemeinen Lohnsenkung in ihr eigenes Regierungsprogramm aufnahm. Das ist der schwerste Vorwurf, den wir der jetzigen Reichsregierung machen müssen. Einmal weil dieser Eingriff in das Machtverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sich in der ungerechtesten Weise einseitig gegen die Arbeiter richtete, zum andern weil er, statt der Wirtschaft zu dienen, die Krise ganz erheblich verschärft und die Arbeitslosigkeit in hohem Masse vermehrt hat. Es ist nur ein schlechter Trost, wenn ich glaube sagen zu können, dass der Herr Reichskanzler anscheinend den Fehler seiner Politik in diesem Punkt eingesehen hat. Der Kanzler hat auf der Tagung der Bankiers den Unternehmern noch einmal eindringlich ins Gewissen geredet und ihnen zugerufen, sich ihrer vollen Verantwortung bewusst zu werden. Darin liegt ein schwerer Vorwurf gegen die sogenannten Wirtschaftsführer, der leider nur zu berechtigt ist. Das tiefe Gefühl der Verantwortung für die Allgemeinheit, auch für das Schicksal der Arbeiterschaft haben wir nicht erst jetzt, sondern dauernd bei der grossen Mehrheit des Unternehmertums vermisst.

Dem Hamburger Bundestag durften wir als Kongressgabe eine Gemeinschaftsarbeit, das Buch "Wirtschaftsdemokratie" vorlegen, das in die Zukunft weist. Dem Frankfurter Kongress mussten wir ein Sammelwerk überreichen, das sich mit den Nöten des Tages beschäftigt, das Buch über die "Vierzigstundenwoche". Die Arbeiten zur praktischen Gestaltung des wirtschaftsdemokratischen Gedankens mussten zunächst in den Hintergrund treten. Nur die früheren Richtlinien zur Kartell- und Monopolkontrolle konnten inzwischen in die Form eines Gesetzentwurfes gegossen werden. Unsere Forderung nach paritätischer Neubesetzung der öffentlich rechtlichen Berufsvertretungen ist immer noch unerfüllt. Der Reichstag hat nicht einmal die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Zustandekommen eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat aufgebracht. Für den Versuch der preussischen Regierung in die Landwirtschaftskammern Arbeitnehmervertreter aufzunehmen, fand sich nicht einmal unter den Regierungsparteien eine Mehrheit. Dagegen ist im Reich durch Erweiterung der Gewerbeordnung die Verfassung der Handwerkskammern geändert worden. Die gesetzliche Gesellenvertretung wurde durch Zuwahl von Sachverständigen aus Arbeitnehmerkreisen erweitert und ihr Aufgabenkreis vergrössert. Diese Gesellenvertretungen verdienen volle Beachtung der Gewerkschaften. Den wirtschaftsdemokratischen Gedanken auch weiterhin mit Ernst zu verfechten, muss unsere Aufgabe bleiben. Wir haben ihn in jüngster Zeit durch unsere Vorschläge zur Aktienrechtsreform sowie zur Kontrolle der Banken fruchtbar zu machen versucht.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung war den Gewerkschaften nicht günstig. Ihre Vorschläge stiessen allzu häufig auf taube Ohren. Wie weit die Nichtachtung, ja die Missachtung gewerkschaftlicher Wünsche ging, zeigt folgendes Beispiel: der Gedanke, die öffentliche Rechnungslegung wirtschaftlicher Unternehmungen auszudehnen und durch staatlich anerkannte Wirtschaftsprüfer kontrollieren zu lassen, verdankt seine Verbreitung, wenn nicht gar seine Entstehung unserer alten Forderung nach Offenlegung und Durchleuchtung der Wirtschaft. Schon aus diesem Grunde war unser Verlangen berechtigt, an den Verhandlungen über Prüfung und Auslese der Vertreter dieses neuen und wichtigen Berufes beteiligt zu werden. Während man aber mit Worten an unsere Einsicht und unsere Mitarbeit nicht genug appellieren kann, ist man in der Praxis einer Mitwirkung der Gewerkschaften durchaus abgeneigt.

Unbeachtet sind auch unsere Ansprüche geblieben, an den Verhandlungen über den Youngplan an massgebender Stelle beteiligt zu werden. Noch erfolgloser waren unsere Bemühungen an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik in den letzten Monaten tätig mitzuwirken. Wir haben öffentlich über die Versuche berichtet, auf den Reichspräsidenten und den Reichskanzler einzuwirken. Man hat uns zwar empfangen und unsere Darlegungen höflich angehört und geantwortet, aber man hat sonst nicht daran gedacht, uns zu den zahlreichen Beratungen hinzuziehen, zu denen die Vertreter anderer Wirtschaftskreise ständig gebeten



worden sind. Anscheinend glaubt die Regierung, auf die Dauer einen der wichtigsten und bodenständigsten Teile des deutschen Volkes von der Verantwortung am Wohl und Wehe Deutschlands ausschalten zu können. Ja, es scheint tatsächlich so, als ob die Regierung ohne und gar gegen die Arbeiterschaft zu regieren gedenkt.

Wenn wir den Ablauf der letzten drei Jahre unter diesem Gesichtspunkt überprüfen, müssen wir - bei aller objektiven Beurteilung - zu der Anklage kommen, dass die Lasten der Wirtschaft um so stärker auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt wurden, je näher wir uns dem Tiefpunkt der Wirtschaftstätigkeit genähert haben. Es genügt, an die Verschlechterungen der Sozialversicherung, an den Lohnabbau und an das Dreiklassensteuerunrecht der Krisensteuer zu erinnern. Auf der anderen Seite sehen wir eine Fülle von direkten und indirekten Geld- und Kreditsubventionen, Schutzzöllen und dergl. die sich auf die übrigen Wirtschaftskreise ergoss. Professor Bonn schätzt die Beträge, die für Subventionen, Darlehen und Kreditgarantien gegeben wurden, auf 838 Millionen. Der Milliardensegen aus den überhöhten Preisen beziffert sich auf 2 1/2 Milliarden. Angesichts dieser Riesenbeträge ist es erstaunlich, wie die Masse der Arbeitslosen bisher immer noch ruhig blieb. Wie lange aber darf man den Millionen Arbeitslosen diese Ruhe und Besonnenheit noch zumuten? Wann endlich wird die Regierung sich entschliessen, von der bisherigen Agrarpolitik abzulassen? Es ist für die industrielle Bevölkerung, zumal in einer Zeit stärksten Lohndrucks untragbar, dass die Preise wichtiger landwirtschaftlicher Produkte in Deutschland zwei bis dreimal so hoch stehen als die Weltmarktpreise. Deutschland kann sich in seiner fürchterlichen Lage nicht den Luxus leisten, zurückgebliebene Produktions- und Absatzmethoden künstlich am Leben zu erhalten. Wir müssen dringend verlangen, dass keine Steuermark fernerhin denjenigen zugewendet wird, die sich ihr Brot noch jetzt nach Urväterweise erwerben, und dem Fortschritt der Zeit widerstreben, sondern dass sie denen zugeleitet wird, die trotz aller Bemühungen keine Arbeit und kein Brot erhalten können. Es ist klar, dass an einen Steuerabbau nicht gedacht werden kann, es geht aber auch nicht, dass das Reich sich aus den Finanznöten hinauswindet, ohne gleichzeitig für die Finanzen der Länder und der überlasteten Gemeinden zu sorgen.

Auf sozialpolitischem Gebiet stand während der ganzen Berichtszeit die Frage der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen im Vordergrund. Der kommende Winter lässt leider erwarten, dass die Zahlen des vergangenen Winters noch erheblich überschritten werden. Die unselige Notverordnung vom Juni hat einen neuen weiteren gewaltigen Leistungsabbau im Arbeitslosenschutz gebracht. Die Ungerechtigkeiten dürfen nicht bestehen bleiben. An dem Rechtsprinzip der Arbeitslosenversicherung darf nicht gerüttelt werden. Wir fordern eine Reichsarbeitslosenfürsorge, damit die überlasteten Gemeinden nicht völlig leistungsunfähig werden. Zur weiteren Finanzierung der Versicherung sollten, entsprechend der Belastung aller versicherten Arbeitnehmer, auch alle anderen Einkommensträger, insbesondere alle höher verdienenden, einschliesslich der Beamten, nach Massgabe ihres Einkommens zur Kostendeckung herangezogen werden. Unberechtigt ist die Sonderstellung der Landwirtschaft. Unbefriedigend im höchsten Grade ist die Arbeitsbeschaffung. Unbefriedigend sind die schwächlichen Versuche der Regierung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Wir brauchen eine allgemeine gesetzliche Verkürzung. Trotz des damit verbundenen Solidaritätsopfers der Arbeiter wird der Kongress, wie ich hoffe, für eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Entlastung des Arbeitsmarkts eintreten.

Man kann nicht von der Arbeitslosigkeit sprechen, ohne die Not der arbeitenden Jugend zu berühren. Schon ist der Gedanke aufgetaucht, dass eine mehrfährige Berufsausbildung heute ihren Sinn verloren habe. Das ist eine falsche Meinung, und wir treten ihr mit Nachdruck entgegen. In wenigen Jahren wird wieder die normale Zahl jugendlicher nach Lehr- und Arbeitsstellen suchen,

d.h. es werden davon doppelt so viel wie gegenwärtig benötigt werden. Die Pflicht der Nachwuchsschulung darf also nicht versäumt werden. Das Berufsausbildungsgesetz muss unter allen Umständen so bald wie möglich fertiggestellt werden. Der vom Hamburger Kongress aufgestellten Forderung nach gesetzlicher Regelung der Ferien für die Jugendlichen ist noch immer nicht entsprochen. Nicht minder beschämend ist für die deutsche Sozialpolitik, dass z.B. noch immer die Nachtarbeit Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren uneingeschränkt zulässig ist.

Zur viel umstrittenen Frage der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau ein Wort: es geht nicht an, die verheirateten Frauen grundsätzlich als Doppelverdiener anzusehen. Im Hinblick auf die ungeheure Arbeitslosigkeit müssen wir auch weiterhin verlangen, dass keine Doppelverdiener beschäftigt werden. Dem besonderen Arbeiterinnenschutz entstand in den letzten Jahren eine Gegnerschaft in den Frauenkreisen selbst. Die Bestrebungen der "Open Door-Internationale" lehnen wir ab. Die Hausangestellten entbehren noch immer des gesetzlichen Schutzes, obwohl es sich bei ihnen um eine Arbeitnehmergruppe von annähernd 1,5 Millionen Menschen handelt. Wir fordern ihre Unterstellung unter den allgemeinen Arbeiterschutz. Zur Reform des Hausarbeitsgesetzes haben wir einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der besonders die Lohnregelung für die Heimarbeit auf eine bessere Grundlage stellt. Die jetzt fakultative Einrichtung zur Festsetzung gesetzlicher Richtlöhne muss zu einer obligatorischen gemacht werden. Unsere Vorschläge sind bis jetzt unberücksichtigt geblieben. Einen wichtigen Erfolg unserer auf ausreichenden Mutterschutz gerichteten Bestrebungen stellt das 1929 erlassene Gesetz über die Wochenhilfe dar. Die Gewerbeaufsicht wurde unter unserem Einfluss in einzelnen Ländern ausgebaut.

Eine organisatorische Reform zur Vereinheitlichung der gesamten Renten- und Krankenversicherung halten wir nicht nur für notwendig, sondern auch für möglich. Die Regierung sollte endlich die Vereinheitlichung in Angriff nehmen. Hierbei muss dann aber nicht nur in der Invalidenversicherung, sondern auch in der Unfallversicherung die in der Reichsverfassung zugesagte massgebende Mitwirkung der Versicherten gewährt werden. Die Versicherungsleistungen haben nichts gemein mit Pensionen und anderen Leistungen aus öffentlichen Mitteln. Wir weisen darum auch entschieden zurück, dass im Kampf gegen die Sozialversicherung immer wieder öffentliche Lasten und Leistungen der Sozialversicherung zusammengeworfen werden, um unter Hinweis auf die dabei errechneten hohen Summen die Untragbarkeit zu beweisen. Auch die Arbeiter haben Anspruch auf ausreichende Versorgung in Notfällen und im Alter. Sie zahlen hierzu ihren Beitrag aus ihrem Arbeitsertrag, erfüllt von dem grossen Gedanken der gegenseitigen Hilfeleistung und um die öffentliche Wohltätigkeit nicht in Anspruch nehmen zu müssen. Es sind hohe ethische Werte, von denen die Sozialversicherung getragen wird. Ihre Leistungen sind vielfach noch unzulänglich. Darum kann nur ein Ausbau, nicht aber ein Abbau in Frage kommen.

Auf dem Gebiet des Wohnungswesens hat der Bundesausschuss Ende 1930 in einer Entschliessung gegen die Kürzung der Wohnungsbaumittel und gegen die beabsichtigte weitere Lockerung des Mieterschutzes entschieden Einspruch erhoben. Nun ist auch von den Hausbesitzern ein neuer allgemeiner Abbau der Hauszinssteuer gefordert worden. Eine Reform der Hauszinssteuer wäre unserer ächtestens nur derart durchzuführen, dass an ihre Stelle eine öffentliche grundbuchlich zu sichernde und abdingbare Last tritt, die nach unserem Vorschlag durch Amortisation in etwa 18 Jahren abgetragen werden kann, aber das bisherige Aufkommen von rund 1 1/2 Milliarden Mark jährlich sicherstellt. Jeder Versuch, den Mieterschutz zu beseitigen, wird auf unseren schärfsten Widerstand stossen.

Die Statistischen Arbeiten des Bundesvorstandes sind in den letzten Jahren erheblich ausgebaut worden. Es gelang, beim Statistischen Reichsamte eine grundsätzliche Zustimmung zu unserer neuen Methode der Erfassung von Tarifverträgen zu erzielen. Die versprochene Reform der amtlichen Tarifstatistik lässt

aber auf sich warten. Notwendig ist auch die laufende Erfassung der effektiven Arbeitsverdienste.

Die Konzentration der Kräfte des ADGB hat weitere Früchte getragen. Die Zahl der im Bund vereinigten Gewerkschaften ist seit Hamburg von 35 auf 30 gesunken. Die Zersplitterungsbestrebungen der kommunistischen Partei sind völlig fehlgeschlagen.

Der bedeutsamste Fortschritt der Arbeiterbildung im Rahmen des Bundes war die Inbetriebnahme der Bundesschule in Bernau. Wir werden künftig auch dem Bibliothekswesen grössere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Es gilt vor allem, die öffentlichen Bibliotheken im Sinn der Bedürfnisse der Arbeiterschaft auszugestalten.

Die Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Berufsschule hat sich enger gestaltet. Notwendig ist ein gemeinsamer und einheitlicher Ausbau von Volks- und Berufsschule. Von der eng verbundenen Volks- und Berufsschule als dem Kernstück einer künftigen Einheitsschule ist ein ungehinderter Uebergang zu allen Arten der Fachschulen und von diesen zu den Hochschulen zu schaffen.

Leipart schloss seinen hochinteressanten Ueberblick über die seit Hamburg verfllossene Sturmzeit mit einem Blick auf die internationale Lage. Er begrüßte die Vermeidung einer völligen Isolierung Deutschlands und die Anbahnung eines freundlicheren Verhältnisses zwischen den Regierungen. Wir Gewerkschaften, betonte er, sind mit die ersten gewesen, die öffentlich ausgesprochen haben, dass die Deutschland auferlegten ungeheuren Reparationslasten unerträglich sind und in hohem Masse dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise in der Welt zu verschärfen. Die Durchführung des Freijahresplans des Präsidenten der Vereinigten Staaten kann nur ein Anfang zu neuen Reparationsverhandlungen sein; denn auch nach unserer Auffassung besteht kaum eine Möglichkeit, dass Deutschland nach Ablauf des Freijahres die Reparationen in alter Höhe wieder aufnehmen kann. Während des Freijahres muss daher unter allen Umständen ein Weg gefunden werden, um endlich eine auf vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage fussende Regelung der Reparationen herbeizuführen. Das ist nicht nur im Interesse Deutschlands notwendig, sondern eine Voraussetzung für die Rettung aller Länder aus der Weltkrise.

Von den Anträgen zum Bericht des Bundesvorstandes fand nur ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Berlin genügende Unterstützung, der schärfste Ablehnung jedes Lohnabbaus fordert.

Die Aussprache eröffnete Georg Schmidt, der Vorsitzende des deutschen Landarbeiterverbandes. Er schildert in drastischer Form die unmögliche Landwirtschaftspolitik der Reichsregierung. Das Reichsernährungsministerium sei heute eine Art Geschäftsstelle des Reichslandbundes geworden. Den Landwirten würden Kredite über Kredite versprochen, mehr versprochen als überhaupt gegeben werden könnten. Auf die Arbeiterschaft müsse diese ewige Unterstützung der Landwirtschaft aus Reichsmitteln geradezu empörend wirken. Die Grosslandwirtschaft wolle keine Steuer zahlen. Sie verlange vom Reich sogar die Bezahlung der Steuerberater. Auf der andern Seite gehe das Unternehmertum der Landwirtschaft ungeheuer rigoros gegen die Löhne der Landarbeiter vor. Vor neuen Versuchen, diese Löhne noch weiter zu senken, müsse dringend gewarnt werden. Die Funktionäre der landwirtschaftlichen Organisationen bezögen alle hohe Gehälter. Die schönen Reden über die Not der Landwirtschaft kosteten ein grosses Stück Geld. Die der Landwirtschaft zu sechs Prozent geliehenen Gelder würden von den Kreditorganisationen zu 15 Prozent weitergegeben. Das alles genüge den Grossagrariern aber noch nicht. Ihnen genüge auch nicht, dass in den letzten zehn Jahren, nach einer Feststellung des Landwirtschaftsführers Freiherrn von Richthofen, mehr für die Landwirtschaft getan worden sei als unter der Monarchie in 50 Jahren. Der Reichsernährungsminister habe sich früher für die freie Wirtschaft eingesetzt, heute treibe er die schlimmste Zwangswirtschaft, die man sich denken könne, natürlich zugunsten der Besitzenden. Gegenüber dieser Unersättlichkeit müsse man Dr. Brüning zurufen: Kanzler erde härt!

Teichgräber-Dresden(Metallarbeiter) begrüsst Leiparts Bericht, weil er vor aller Oeffentlichkeit die schweren Unterlassungen der Reichsregierung ins Licht gestellt habe. Die Ausbalancierung des Etats zu Lasten der Massen müsse endlich einmal aufhören. So wie bisher gehe es wirklich nicht weiter. Wenn der Reichsarbeitsminister selbst erkläre, die Arbeiter seien schon jetzt mit den Sozialbeiträgen zu hoch belastet, dann könne man sie auch nicht mehr durch weiteren Lohnabbau belasten. Die Ausschaltung der Gewerkschaften in der Entscheidung über Lebensfragen der Arbeiterschaft sei unerträglich. In diesem Punkt sei das Mass jetzt übertoll. Der Reichsarbeitsminister spreche vom "Kern" der Sozialversicherung, der erhalten werden müsse. Wir sagen darauf: auch materiell darf nicht mehr gekürzt werden. Kommt nicht bald ein Wandel, dann muss die gesamte Kraft der Gewerkschaften zum Angriff eingesetzt werden.

Dr. Seelbach nahm Bezug auf den Hinweis im Bericht Leiparts auf die Angriffe bürgerlicher Blätter gegen die Bundesschule in Bernau. Er betonte, die Befreiung der Arbeiterklasse von der geistigen Bevormundung durch den Kapitalismus müsse mit verdoppelter Energie weiter geführt werden.

Schaum, Gesamtverband Berlin, beleuchtete die letzte Notverordnung der Reichsregierung, die vor allem den Gemeindearbeitern übel mitgespielt habe. Durch die Notverordnung würden tarifmässige Bedingungen ausser Kraft gesetzt. Man stelle die Gemeindearbeiter unter ein Sonderrecht, zu gleicher Zeit würden in der Presse neue Notverordnungen zur Auflockerung der Tarife angekündigt. Vom Bundesvorstand müsse erwartet werden, dass er nichts unterlasse, um die Ungerechtigkeit der Notverordnungen wieder rückgängig zu machen. Gehe es nicht auf gütlichem Wege, dann müsse der offene Kampf gewagt werden.

Frau Niwiera, Textilarbeiterverband Berlin, kritisiert scharf die ungerechte Behandlung der verheirateten Frau in der Arbeitslosenunterstützung. Hier liege ein offenes Unrecht vor. Wie oft solle man es noch sagen, dass die verheiratete Frau sich nicht zum Vergnügen zur Arbeit dränge, sondern weil die Not sie dazu zwingt. Auch Frau Niwiera fordert schärfste Abwehrstellung gegen die nachgerade unerträglich gewordene einseitige Belastung der werktätigen Massen. Man müsse sich auf den Kampf vorbereiten, denn die Arbeiterschaft sei ja doch bald gezwungen, zum Angriff überzugehen.

Thomas, Baugewerksbund Berlin, bedauert, dass die Sozialpolitik nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Hoffentlich sei das kein böses Omen. Der Reichsarbeitsminister werde nicht erwarten, dass man ihm hier einen Lorbeerkranz winde. Mit der Arbeiterschaft habe man Schindluder getrieben. Die am meisten entbehrten redeten nicht, und die reden hungerten nicht. Was man erlebe sei offene Herausforderung! Auf der einen Seite grauenvolles Elend, auf der andern Grossverdienern, riesige Pensionen und Millionenunterstützungen für die Grossbanken. Der Reichsarbeitsminister habe in seiner Rede einige mutige Worte gesprochen. Die Botschaft, so müsse man darauf sagen, hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Hoffentlich sei der "Kern", den er bei der Sozialversicherung retten wolle, kein Kirschkern, den man nicht beiessen könne. Der Reichsarbeitsminister wolle keinen weiteren Lohnabbau. Die Gewerkschaften seien jedoch skeptisch. Am interessantesten sei seine Rede dort gewesen, wo er geschwiegen habe. Die Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Allgemeinverbindlichkeit öffne dem Lohnabbau hinten herum Tür und Tor. Schlimm, wenn im Ministerium die Meinung vorherrsche, Löhne, die über den Lohnsätzen der Exportindustrie lägen, dürften nicht allgemein verbindlich erklärt werden. Man schliddere in eine Katastrophe wie seinerzeit in den Krieg. Wir brauchten unbedingt eine klare Politik auf lange Sicht. So gehe es jedenfalls nicht, dass ein Minister die Löhne abbaue und der andere die Preise erhöhe.

Schleicher, Holzarbeiterverband Berlin: Der Minister erklärte, es sei nicht beabsichtigt, das Schlichtungswesen abzuändern. Die Presse meldet jedoch bereits, es komme eine neue Notverordnung, die eine Lockerung der Kar-

telle und Tarifverträge bringt. Der Minister sagte, er wolle keinen neuen allgemeinen Lohnabbau. Was heisst "allgemein"? Auch der erste Lohnabbau kam in Etappen, von Bezirk zu Bezirk, bis er schliesslich allgemein war. Jetzt schafft man Lohnabschlüsse bis zu vier Wochen. Das ist doch fast eine Beseitigung des Tarifrechts. Die Politik des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Allgemeinverbindlichkeit ist Tarif-Auflockerung. Das Reichsarbeitsministerium geht gefährliche Wege.

Scheffel (Eisenbahnverband) forderte vom Reichsarbeitsminister, dass er in der Frage der Arbeitszeitverkürzung mehr Energie zeige. Die Reichsbahn habe noch Arbeitszeiten von 54 Stunden und mehr. Erfreulich sei die feste Zuversicht, die aus dem Bericht des Bundesvorstandes trotz der furchtbaren Not der Zeit und trotz aller Angriffe auf die Gewerkschaften herausklinge. Die Arbeiterschaft denke nicht daran, den Kopf hängen zu lassen. Wenn man sich mit ihr in der Frage der Lastenverteilung nicht verständigen wolle, dann müsse eben gekämpft werden. Kämpfen aber könne nur, wer an sich selbst glaube.

Husemann (Bergarbeiterverband) schilderte die furchtbare Not in der Bergarbeiterschaft: Ungeheurer Rückgang der Belegschaften, gewaltige Steigerung der Arbeitsleistung, das alles kümmerge die Unternehmer nicht. Jetzt solle der Bergarbeiter durch Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung und Grosshungern den Profit für die Leute sichern, die 300 000 Mark und mehr pro Jahr in die Tasche steckten. Im Bergbau laufe das Mehrarbeitszeitabkommen jetzt ab. Hier habe der Arbeitsminister Gelegenheit, sich für die Bergarbeiter einzusetzen. Das Versprechen, die Mehrarbeit werde fallen, sobald die Leistungen der Vorkriegszeit erreicht seien, müsse jetzt eingelöst werden. Irgendwann und irgendwie müsse doch in der Arbeitszeitverkürzungsfrage etwas geschehen.

Frau Hanna (A.D.G.B.) erinnerte den Minister ebenfalls an eine Möglichkeit, etwas zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu tun. Sie verwies auf die Nachtarbeit, die stets mit kurzfristigen Auslandsaufträgen begründet werde. Wiederholt sei festgestellt worden, dass es sich gar nicht um Auslandsaufträge gehandelt habe. Man wolle nur schnell die Arbeit erledigen, um die Belegschaft abzubauen zu können. In der Heimarbeit, z.B. in den Christbaumschmuckindustrien in Thüringen, zwingt man die Heimarbeiter 15 und 16 Stunden zu schaffen, den Lohn zu drücken und arbeitslos zu werden. Und das alles nur, um kurzfristige Aufträge zu erledigen. Der Kampf gegen die billigere Frauenarbeit müsse auf der ganzen Linie einsetzen. Denn die Unterbezahlung der Frauenarbeit habe erneut viel zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission, den Iankes vom Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter erstattet, bringt keine Beanstandungen. Der Bericht wird angenommen. Der Kongress umfasst 307 Delegierte. → Weiterberatung Dienstag.

# Die Luftschiffe aller Welt

## Zeppelins Südamerika-Fahrt.

Reise im Passat. - Die Organisation des Wetterdienstes. - Wirtschaftliche Perspektiven.

SPD. Drei Wochen braucht ein Frachtdampfer für die Reise von Hamburg nach Pernambuco. Das Luftschiff "Graf Zeppelin" legt die gleiche Entfernung in drei Tagen zurück. Dieser Vergleich lässt den Sinn der zweiten Südamerikafahrt des "Graf Zeppelin" gegenständlich werden.

Bei dem Luftweg nach Südamerika hat man entweder den Nordostpassat oder den Südostpassat zu durchqueren. Ein Passat ist eine von einem Hochdruckgebiet abwehende Windströmung. Die Hochdruckgebiete auf dem Ozean liegen durchschnittlich unter dem 30. Grad nördlicher und 30 Grad südlicher Breite. Die vom Nordatlantischen Hochdruckgebiet in Richtung Spanien und Portugal abströmenden nordwestlichen bis nördlichen Winde werden als Nordostpassat bezeichnet und die entsprechenden vom südatlantischen Hochdruckgebiet abströmenden Südostwinde als Südostpassat. Die Passate fließen beide der Tiefdruckrinne zu, die sich von der Westafrikaküste bis zur brasilianischen Amazonas-mündung erstreckt. Eine Südamerika-Luftfahrt wird also niemals ganz regenfrei verlaufen können. Aber an sich verschaffen die Passate (im allgemeinen herrscht der Nordostpassat vor) günstige meteorologische Bedingungen, und bei der Hinfahrt ist meist mit Rückenwind zu rechnen.

### Sicherheitsinseln.

Nach Nordamerika kommt das Luftschiff rascher, aber die längere Fahrzeit der südlichen Route wird durch die gebotene Fahrsicherheit aufgehoben. Bei einer Gesamtlänge von etwa 7 300 Kilometern hat die Fahrstrecke fünf Etappen. Vom deutschen Standort des Luftschiffs bis nach Kap Sao Vincente, dem südlichsten Zipfel Europas, der in den Atlantischen Ozean hineinragt, beträgt die Landstrecke 1800 Kilometer. Der Weg über den Ozean, von Kap Vincente nach Madeira, ist 1000 Kilometer lang. Von Madeira nach den Kanarischen Inseln hat der Zeppelin 500 Kilometer zu überfliegen. Von den Kanarischen Inseln nach den Kap Verdischen beträgt die Strecke 1 500 Kilometer, von da zur Insel Sankt Paul ebenfalls 1 500 Kilometer und von dieser Insel bis nach Pernambuco an der brasilianischen Küste sind noch 1 000 Kilometer zu überfliegen. Diese Etappen und Sicherungsstationen des südamerikanischen Zeppelinfluges, die besonders später bei der Einrichtung eines ständigen Flugdienstes für Luftschiffe und Grossflugzeuge von ausserordentlicher Bedeutung sein werden, bieten die besten Sicherheitskoeffizienten einer Luftverbindung zwischen Amerika und Europa.

### Wetterhilfe der Grossdampfer.

Sehr wesentlich für den glatten Verlauf der Südamerikafahrt des Luftschiffs ist ferner die Erforschung der Windverhältnisse in der Höhe. Schon seit dem Jahre 1922 werden von der deutschen Seewarte in Hamburg auf Anregung der deutschen Luftfahrt entsprechende Forschungen angestellt. "Hamburg Süd", "Hapag" und "Norddeutscher Lloyd" haben auf ihren nach Südamerika fahrenden Schiffen des öfteren Plätze für Meteorologen zur Verfügung gestellt. Die Gelehrten führten auf ihren Fahrten mit Hilfe von Pilotballonen insgesamt 1800 Höhenwindmessungen bis zu Höhen von 22 Kilometer aus. Um derartige Höhenwindmessungen laufend durchführen zu können, haben seit einiger Zeit die Kapitäne und Offiziere der genannten Reedereien auf Veranlassung der deutschen Seewarte diese Messungen selbst übernommen. Drei solcher Höhenwindmessungsstellen gibt es auf Schiffen, die den Atlantischen Ozean befahren und drei weitere auf der Süd-

amerikaroute. Von den Höhenwindmessungen auf dem Südatlantik kommen augenblicklich die Arbeiten des Dampfers "Kap Arcona" der "Hamburg Süd" in Frage. Ausserdem kreuzt z.Zt. vor der Küste vor Rio del Oro (Westafrika) mit entsprechender Aufgabe das Motorschiff "Orion", das Hilfsschiff der Deutschen Luft-Hansa für deren Flüge Cadiz-Las Palmas; die Meteorologen des Hilfsschiffs werden also gleichfalls den Zeppelin unterstützen. Vor allem wird aber auch die Hamburger Seewarte dreimal täglich über den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel konzentrierte Wetterberichte im Klartext an das Luftschiff übermitteln.

#### Dreiecks=Verkehr?

Die jetzige Reise des Luftschiffs hat den ausgesprochenen Zweck, die Bedingungen für den ständigen Luftverkehr auf der südlichen Amerikafahrt zu studieren. Da im Transozeanischen Flugverkehr Wind und Wetter eine noch grössere Rolle spielen als im Schiffsverkehr, so wird wohl beim voraussichtlichen ständigen Luftverkehr der Zukunft der sogenannte Dreiecksverkehr aufgenommen werden müssen und zwar etwa in der Route der ersten Südamerikafahrt des Zeppelins. Das Luftschiff wird unter Ausnutzung des Nordostpassats von Europa nach Südamerika fahren, von dort an der Küste entlang nach Nordamerika und mit den Windströmungen des nördlichen Golfstroms nach Europa zurück. Nur auf diese Weise ist keinerlei Cyklongefahr zu befürchten. Es ist kein Zufall, dass das Riesenflugboot "DoX" und das Luftschiff fast denselben Kurs zu erhalten bestrebt sind um zur brasilianischen Küste zu gelangen. Und die nächste Südamerikafahrt des "Graf Zeppelin", deren Beginn vorläufig auf den 17. September festgesetzt ist, soll gleichfalls in Pernambuco enden.

#### Der neue Nachbar.

Die Luftreise nach Südamerika ist von starken wirtschaftlichem Interesse bedingt. Zwei grosse aufeinander angewiesene Wirtschaftskontinente rücken durch den Flugverkehr einander näher. Man bedenke: Brasilien liefert nach Europa 4/5 der Weltkaffeernte und führt hinwiederum über 500 000 Tonnen Getreide aus Europa ein. Aber wegen des überlangen Seeweges konnten bisher eine Reihe wertvoller brasilianischer Produkte dem europäischen Märkte nicht zugänglich gemacht werden, besonders Drogen, die andererseits eine grössere Maschineneinfuhr nach dort ermöglicht hätten. Wenn es gelänge, die Verkürzung des Verkehrsweges zwischen Europa und Südamerika regelmässig bis auf den sechsten Teil zu verringern, so würde sich das wirtschaftlich sicher sehr günstig auswirken. Schon jetzt könnte der Südamerikaluftverkehr gleichsam fahrplanmässig durchgeführt werden, wenn die Spanier ihr Versprechen gehalten hätten, in Sevilla eine grosse Zeppelinhalle zu bauen. Es ist anzunehmen, dass die augenblickliche Südamerikafahrt des Luftschiffes in dieser Richtung ein Ansporn zur Aktivität sein wird.

+ + +  
Beludschistan=Erdbeben. Durch das grosse Erdbeben in Beludschistan wurden hunderte von kleinen Städten und Dörfern zerstört. Etwa 30 Menschen sind ums Leben gekommen, über 100 wurden schwer verletzt. Flugzeuggeschwader warfen über dem Erdbebengebiet Säcke mit Lebensmitteln und Arzneien ab.

+ + +  
Doppeltes Todesurteil. Das Reichsgericht verwarf die Revision des am 23. Juni dieses Jahres vom Schwurgericht Memmingen zwei Mal zum Tode verurteilten Hermann Kutter aus Memmingen. Kutter hat seinen Onkel und dessen Haushälterin erschlagen.

+ + +  
Freitod eines Bankiers. In einem Anfall von Nervenzerrüttung stürzte sich der Berliner Bankier und Lotterieurunternehmer Joseph Molling aus dem fünften Stockwerk seines Wohnhauses am Kurfürstendamm auf den Hof. Er erlitt tödliche Verletzungen.

+ + +

Verurteilter Nazirohlinge. Vom Schnellgericht Göttingen wurden 21 Mitglieder der Ortsgruppe Gillersheim der NSDAP zu insgesamt 128 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Nazis hatten einen kleineren Trupp der sozialistischen Arbeiterjugend von Gillersheim überfallen und mit Stahlruten, Stöcken und anderen Schlagwerkzeugen bearbeitet. Einem 15jährigen Jungen waren die Zähne ausgeschlagen worden, ein anderer hatte durch Stahlrutenschläge ebenfalls schwere Verletzungen erlitten.

Mord um zehn Mark. In der Nähe von Bucha (Thüringen) wurde die achtjährige Tochter eines Gutsarbeiters ermordet im Walde aufgefunden. Das Kind war mit dem Betrag von 10 Mark zum Einkaufen geschickt worden; bei der Leiche fehlte diese Summe. Ein Landstreicher, nach dem noch gefahndet wird, ist des grauenhaften Raubmordes verdächtigt.

14 Studenten erfroren. Bei der Besteigung des neuseeländischen Berges Ruapehu gerieten 14 männliche und weibliche Studenten, sämtlich unter 20 Jahren, in einen Schneesturm, verirrten sich und fanden den Tod durch Erfrieren.

Hochwasser. Infolge der heftigen Regenfälle der letzten Wochen führen Rhein und Ruhr Hochwasser. In Duisburg ist das innerhalb der Deiche gelegene Gelände überflutet. Mehrere Rheinfähren mussten den Betrieb einstellen.

Zugzusammenstoss. Im Bahnhof Waldkirch stiessen zwei Personenzüge zusammen. Zehn Reisende und ein Zugschaffner wurden verletzt. Das Unglück ist auf falsche Weichenstellung zurückzuführen.

Fünf Tage Qual. Am Pic des Canales (Pyrhenäen) stürzte ein 15jähriger Gymnasiast auf einer Bergtour ab und blieb schwerverletzt zwischen zwei Felsen hängen. Die Rettung war erst nach fünf Tagen möglich. Wenige Stunden später verschied der Gymnasiast.

Ausgehobene: Falschmünzerwerkstatt. In Wustrow (im preussischen Kreise Lüchow) überraschten Landjäger und Beamte der Kriminalpolizei Harburg-Wilhelmsburg zwei Falschmünzer bei der Arbeit und nahmen sie fest. Ausserdem konnte eine grosse Zahl gefälschter Fünfmarkstücke beschlagnahmt werden.

Arzttragödie. In Gelsenkirchen erschoss ein Arzt seine Frau und sich selbst. Das Ehepaar hinterlässt drei Kinder. Das Motiv des Doppelselbstmordes dürfte darin zu suchen sein, dass der Arzt aus dem Berufsverband der Gelsenkirchener Aerztevereinigung ausgeschlossen worden war. Der Ausschluss war erfolgt, weil der Arzt vor kurzem wegen eines Autounfalles zu einer Gefängnisstrafe mit Bewährungsfrist verurteilt wurde...

Haftbefehl gegen Dubral. Gegen den Berliner Kriminalkommissar Dubral, der vor einigen Tagen wegen verschiedener Amtsvorgehen und Kreditschwindeleien festgenommen worden ist, wurde Haftbefehl erlassen. Die polizeilichen Ermittlungen sind abgeschlossen; Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft steht bevor. U.a. scheint festzustehen, dass durch eine wesentlich falsche Aussage Dubrals vor Gericht ein bisher unbescholtener Mann, der zu den Angeklagten des letzten grossen Berliner Spielerprozesses gehörte, zu einer harten Gefängnisstrafe verurteilt worden ist.



# Wirtschaft Technik Handel

Messe und Kaufkraft.

(Von unserm Sonderberichterstatte.)

SPD. Leipzig, 31. August (Eig. Ber.)

Die Leipziger Herbstmesse wurde auch am Montag durch das Rekordgeschäft auf der Möbelmesse charakterisiert, wo der Handel seine durch die Mitte Juli auftauchende Inflationsfurcht arg gelichteten Bestände wieder auffüllt. Regem Verkehr herrschte auch auf der Textilmesse. Gutes Geschäft dürfte weiter in Lederwaren und in Sportartikeln gemacht worden sein, während z.B. auf der Süßwarenmesse, in Porzellan und Glas, Uhren= Gold= und Silberwaren und im Kunstgewerbe bedenkliche Stille herrschte. Es zeigt sich deutlich, dass der Aderlass der letzten Gehalts= und Lohnkürzungen so gross war, dass ihm das Preisniveau, trotzdem es auch hier eine teilweise starke rückläufige Bewegung gibt, bisher nicht folgen konnte. Soweit die Regierung gewillt ist, eine vernünftigeren Wirtschaftspolitik als bisher zu machen, muss das Preisproblem im Mittelpunkt dieser Politik stehen. Dabei muss man sich klar sein, dass das Ziel nicht durch weiteren Lohn= und Gehaltsabbau erreicht werden kann.

Ist es Zufall? Jedenfalls tauchte auf der diesmaligen Leipziger Herbstmesse Mister Filene aus Nordamerika auf. Mister Filene ist von Geburt Deutscher. In Amerika ist er ein grosser Warenhauskönig geworden, der es sich gestatten kann, für seine wissenschaftliche Ueberzeugung Dollars nach Millionen zu opfern. Schon grau und Junggeselle, sehr bereist, kommt er sehr oft nach Europa und hat ein gutes und unvoreingenommenes Urteil über die Verhältnisse in der europäischen Wirtschaft. Dieser Mann hat in Leipzig der deutschen Industrie und der deutschen Wirtschaft einen Vortrag über Wirtschaftskrise und Kaufkraft gehalten der starke Beachtung gefunden hat. Filene ist beileibe kein "Marxist". Wenn man aber seine Redeweise aus dem Manchesterlichen übertragen will, dann hat er haargenau das gesagt, was die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in Deutschland schon seit Jahren sagen: Die fürchterliche Wirtschaftskrise kann nur durch Kaufkraftstärkung überwunden werden. Man muss Schluss machen mit einem hirnerbrannten Lohn= und Gehaltsabbau und mit einer unverantwortlichen Kaufkraftvernichtung.

Zunächst etwas, was Filene (sprich Feilin) sagte und was unser Urteil über Amerika angeht. Gewiss, meinte Filene, in dem grossen Amerika ist man zu neuen wirtschaftlichen Erkenntnissen gekommen. Dazu gehört die andere Betrachtung des hohen Lohnes. Wenn nun ein Teil der amerikanischen Geschäftswelt unfähig ist, diese Erkenntnisse in der Praxis anzuwenden, dann bedeutet das kein Aufgeben dieser Prinzipien und keine Revidierung derselben, sondern eine gute Methode, wo sie verwirklicht wurden, und eine schlechte Methode, wo das nicht der Fall ist. Von einem Uberschwenken Nordamerikas zum gefährlichen Lohnabbau in Europa kann also keine Rede sein. Trotzdem man das immer wieder in Deutschland so darstellt.

Die Weltkrise ist für Filene eine Geschäftskrise und deshalb ist es für ihn eine Notwendigkeit, neue Märkte zu erzeugen. Dieses Erzeugen hat die europäische Geschäftswelt noch nicht begriffen. Die Dinge liegen aber so, dass Industrie und Handel den Völkern nicht mehr verkaufen können, als diese zu kaufen vermögen. Das sei von den Geschäftsleuten selten bedacht worden, weil es bisher genügend neue Märkte gab. Man nahm an, dass dieser Prozess automatisch weiter=

gehen würde. Der Prozess ist aber jetzt bei dem Punkt angelangt, wo Industrie und Handel bewusst neue Märkte schaffen müssen. Daraus formt Filene den Grundsatz: Während Du Ware erzeugst und verteilst, erzeuge und verteile auch Kaufkraft. Von diesem Standpunkt aus verlangt er die Rationalisierung mit Kaufkraftsteigerung, wird er begeisterter Apostel höherer Löhne und fanatischer Gegner der Freisdiktatur der Kartelle und Trusts. Wenn die deutschen Geschäftsleute fragen, was sollen wir tun, so kann er, Filene, nur darauf antworten, den besten Markt in der ganzen Welt, den es nach Amerika gibt, auszuwerten und die Massen des deutschen Volkes mit genügend Kaufkraft auszustatten.

In diesem Sinne bricht er eine Lanze für die Rationalisierung: Im Prozess der Erzeugung und Verteilung können Materialien gespart und moderne Maschinen verwendet werden. Man kann eine wissenschaftliche Methode finden, um Materialvergeudung auszuschalten. Die wirkliche Rationalisierung aber beruhe erst darauf, die Betriebskosten auf eine viel grössere Anzahl von Artikeln zu verteilen und infolgedessen den Erzeugungspreis auf ein Minimum zu drücken.

Viele in Deutschland werden fragen, haben wir denn wirklich nicht genug Maschinen? Hat die Maschine nicht schon genug Arbeiter verdrängt? Verdrängen tut die Maschine nur dann, wenn falsch rationalisiert wird, wenn der Lohn nicht steigt oder, was dasselbe ist, der Preis für das Erzeugnis nicht sinkt. Deshalb schlossen sich nach Filene die Industriellen, die sich zu Kartellen verbinden, um ihre Preise hochzuhalten, von den Weltmärkten aus. Man müsse im Gegenteil die Preise so niedrig stellen, dass immer mehr Leute kaufen können. Filene will Rationalisierung mit Kaufkraftsteigerung. Die deutsche Rationalisierung hat jedoch den Fehler gemacht, die Produktion zu steigern, während sie die Kaufkraft durch Lohn- und überhöhte Preise vernichtete.

Die Produktion zu erhöhen, so schloss Filene, ohne gleichzeitig die Kaufkraft zu steigern, ist ein vergebliches Bemühen. Die gegenwärtige Weltkrise ist hervorgerufen durch eine Erzeugung, die nicht konsumiert wird. Der in traditionellen Anschauungen befangene Geschäftsmann nimmt an, dass man die Erzeugung verlangsamen muss, bis sie die Kaufkraft einholt. Wenn man aber die Produktion verlangsamt, dann wird auch die Kaufkraft schwächer. Wenn nun die deutschen Geschäftsleute sagen, dass sie zu niedrigeren Preisen nicht mehr verkaufen können und dass sie keinen Pfennig mehr Lohn zahlen können als jetzt, so sei zuzugeben, dass in Deutschland der Lohn nicht gleich sehr bedeutend erhöht und die Preise nicht gleich stark herabgesetzt werden können. Jede Erhöhung der Löhne aber, wenn sie noch so klein ist, wird Deutschlands Kaufkraft erhöhen, wenn sie in ganz Deutschland durchgeführt wird. Dann ergeben sich grössere Umsätze, die wieder zu neuen Ersparnissen führen und neue Lohnerhöhungen und Preisherabsetzungen ermöglichen. Hat man einmal auf diesem Wege begonnen, dann gibt es tatsächlich keine Grenze für die Prosperität, die Deutschland erhoffen kann. Es braucht sich dann auch keine Sorge um die Weltmärkte zu machen. Denn ein Geschäft, das organisiert ist, um 63 Millionen Menschen zu versorgen, muss erfolgreich auf ungezählten Auslandsmärkten konkurrieren können.

Das wird unseren verkalkten Industrieprominenten noch etwas fremd klingen. Wir hatten aber von den Filenischen Ausführungen in Leipzig den Eindruck, dass er etwas klar und eindeutig wiedergab, was Tausende und Zehntausende in Industrie und Handel unter Eindruck der katastrophalen Verschlechterungen während der letzten Monate dunkel fühlen.

SPD. Die Reichsregierung soll die seit einiger Zeit erörterte Senkung der Hauszinssteuer in ihren neuen Notplan aufgenommen haben und sich mit der Absicht tragen, den dadurch entstandenen Steuerausfall durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer auszugleichen.

Es muss nochmals vor allen diesen Plänen eindringlich gewarnt werden. Es ist ernsthaft zu befürchten, dass die Hauszinssteuer gesenkt werden soll, nicht

um die Mieter zu entlasten, wie man immer sagt, sondern um dem Hausbesitz eine Liebesgabe machen zu wollen. Man würde also die Hauszinssteuer so stark senken, dass nicht nur die Mietensenkung und die Erhöhung der Verzinsung der Aufwertungshypotheken und das Eigenkapital der Hausbesitzer daraus bestritten werden kann, sondern für die Hausbesitzer auch noch eine weitere Ertragssteigerung übrig bleibt.

Gegen diese Absichten muss entschieden Verwahrung eingelegt werden. Die Hausbesitzer haben es durch eine geschickte und demagogische Propaganda verstanden, der Öffentlichkeit mit dem drohenden Zusammenbruch des Hypotheken- und Pfandbriefmarkts infolge der wachsenden Notlage des Hausbesitzes bange zu machen. Wir sind dieser Demagogie von Anfang an entgegengetreten. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass die angebliche Krise des Hausbesitzes sich in Wirklichkeit auf einen ganz eng umgrenzten Kreis von Häusern in gewissen Stadtvierteln beschränkt und wir haben vor allem Aufklärung darüber geschaffen, dass, wenn sich nach der Eröffnung der Börse ein Druck auf die Pfandbriefkurse bemerkbar machen sollte, er nicht von der gar nicht bestehenden Notlage des Hausbesitzes stammen kann, sondern ausschliesslich von der allgemein bekannten Erfahrungstatsache, dass eine Steigerung des Zinsniveaus die Kurse der festverzinslichen Papiere ungünstig beeinflussen muss.

Immerhin haben die verlogenen Argumente der Hausbesitzer auf die bürgerliche Öffentlichkeit die gewünschte Wirkung ausgeübt, wie die jetzt bekannt werdenden Pläne der Reichsregierung beweisen. Andererseits hat der "Deutsche Volkswirt", also eine Zeitschrift, der man gewiss nicht Mangel an bürgerlicher Gesinnung vorwerfen kann, der aber gerade die bürgerlichen Kreise die Sachverständigkeit nicht absprechen können, die Demagogie der Hausbesitzerargumente im gleichen Sinn entlarvt wie wir. Der Volkswirt stellt fest, dass der Gefahrenherd, der von der Krise der Grosswohnungen usw. ausgeht, eng begrenzt ist und "von einer allgemeinen Gefahr für den städtischen Realkredit vorerst nicht im entferntesten die Rede sein kann".

Dementsprechend wendet sich der Volkswirt auch mit aller Entschiedenheit gegen die Pläne auf Abbau der Hauszinssteuer, die auch "heute noch" eine der wichtigsten Stützen der öffentlichen Haushalte ist.

Ebenso muss nochmals betont werden, dass sich die arbeitende Bevölkerung vom Köder der Mietensenkung nicht einfangen lassen wird. Die Rechnung ist sehr einfach. Die Mietensenkung würde nur bestimmten Gruppen von Mietern zukommen: sie würde keine Erleichterung bringen für alle jene Gruppen, die in Neubauwohnungen sitzen oder Erwerbslosenunterstützung in irgend einer Form beziehen oder Eigenhäuschen bewohnen. Hingegen würde die ganze arbeitende Bevölkerung, welcher Gruppe sie auch angehört, von einer Erhöhung der Umsatzsteuer getroffen werden, die als Ersatz für den Hauszinssteuerausfall auf jeden Fall einen höheren Betrag ausmachen müsste als die Mietensenkung (da die Hauszinssteuersenkung auch noch den Hausbesitzern zugute kommen soll).

Vollends undiskutabel wäre es, wenn man die Erhöhung der Umsatzsteuer, wie man ebenfalls hört, auf die Kleinhandelsumsätze beschränken würde. Das würde bedeuten, dass die geringen Rückwälzungsmöglichkeiten einer Umsatzsteuererhöhung auf die Produzenten vollständig wegfallen würden. Der Druck auf die Produzentenpreise, insbesondere auf die Rohstoffindustrie, den man sich allenfalls von einer allgemeinen Umsatzsteuererhöhung versprechen könnte, würde also ausbleiben, Kleinhandel und Konsumenten allein würden die neue Belastung zu tragen haben, die Rohstoffkartelle blieben nach wie vor von jedem Druck auf ihre Preise verschont. Eine neue Belastung der Konsumenten würde also mit Geschenken an die Hausbesitzer und an die Rohstoffkartelle verbunden werden. Für ein solches Ausmass an Liebesgabenpolitik an den Besitz wird sich die arbeitende Bevölkerung eine Mietensenkung für einzelne Mietergruppen nicht abkaufen lassen.

SPD. Aus dem Korruptionssumpf der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrts-  
einrichtungen, an der die Innere Mission ausschlaggebend beteiligt ist, wird ein  
neuer unerhörter Skandal bekannt:

Der Hilfskasse wurden im Januar 1928 eine runde Million Mark aus Mitteln  
des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft überwiesen. Diese Gelder waren  
ausschliesslich für Zwecke der Kinderspeisung bestimmt und sollten umgehend über  
die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege an die Provinzialbehörden weiter-  
geleitet werden. Die Leistung der Hilfskasse unter Führung des Pastors Cremer von  
der Inneren Mission hatte jedoch den traurigen Mut, diese Million, die in dem  
harten Winter 1927/28 hungernden armen Kindern Hilfe bringen sollte, ihrer Bör-  
senfirma Rambaum & Co. für Spekulationszwecke zur Verfügung zu stellen. In weni-  
gen Wochen war auch diese Summe wie andere, der Hilfskasse übergebenen Millionen  
beträge aus Steuermitteln verspekuliert. Die Deutsche Liga der freien Wohlfahrt-  
spflege sah sich gezwungen, energisch gegen die Hilfskasse vorzugehen, die einen  
Überbrückungskredit der Reichskreditgesellschaft zur Flüssigmachung der Kinder-  
speisungsmittel aufnahm, der später mit Beträgen der Amerikanleihe des Caritas-  
Verbandes abgelöst wurde. Der Verlust musste später aus anderen staatlichen  
Wohlfahrtsgeldern gedeckt werden.

Dieses beschämende Kapitel aus der Skandalgeschichte der Hilfskasse ge-  
winnt neue Bedeutung, nachdem jetzt die Deutsche Liga der freien Wohlfahrts-  
pflege die diesjährige Winterhilfe organisiert und einen Aufruf an das Deut-  
sche Volk vorbereitet. Solange der Centrallausschuss für die Innere Mission, der  
Hauptschuldige für 10 Millionen Verluste der Devaheim-Sparer, der Träger eines  
in der Geschichte einzig dastehenden Korruptionssystems, als Unterverband der  
Liga an dieser Aktion beteiligt ist, solange keine Garantien gegeben sind, dass  
die Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen keinen Pfennig aus der  
Winterhilfe zur Verwaltung erhält, wird die Öffentlichkeit die ganze Aktion aus-  
serst skeptisch betrachten.

SPD. Das Reichsstatistische Amt teilt mir: Die Reichsindexziffer für die  
Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Son-  
stiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichs-  
amts für den Durchschnitt des Monats August auf 134,9 gegenüber 137,4 im Vormo-  
nat; der Rückgang beträgt somit 1,8 v.H. An dem Rückgang ist hauptsächlich die  
Bedarfsgruppe Ernährung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für  
Ernährung um 3,3 % auf 126,1; für Bekleidung um 1,0 % auf 137,5 und für "Sonsti-  
gen Bedarf" um 0,2 % auf 184,0. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist  
mit 146,1 nahezu unverändert geblieben; die Indexziffer für Wohnung hat sich  
nicht geändert. - In der Indexziffer für Ernährung wirkten sich besonders die  
starken Preisrückgänge für Kartoffeln und Gemüse aus, die durch leichte Preiser-  
höhungen hauptsächlich für Schweinefleisch, Speck, Milch, Butter und Eier nur zum  
Teil ausgeglichen wurden.

+ + +  
Der stärkere Rückgang des Teuerungsindex beruht z.T. auf Zufälligkeiten:  
einmal auf der guten Gemüseernte und des anderen auf dem starken Angebot auf  
den Kartoffelmärkten, das infolge der nassen Witterung während der letzten Woche  
erfolgte. Der Rückgang im Teuerungsindex geht durchweg auf die Ernährungskosten  
zurück. Die anderen Kosten sind weniger zurückgegangen, bzw. sind unverändert  
geblieben. So erklärt sich, dass die Ernährungskosten auf 126 gesunken sind, wäh-  
rend die Bekleidungskosten eben unter 138 bleiben und sich der sonstige Bedarf  
auf 184 beziffert. Auch die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung liegen mit  
rund 146 aussergewöhnlich hoch. Die Regierung wird nicht umhin können, sich mit  
diesen Dingen näher zu beschäftigen. Die Entwicklung des Index mahnt, die ver-  
sprochene Preissenkungsoffensive rücksichtslos und bald in Angriff zu nehmen.

Weizen reichlich angeboten.

(Berliner Getreidebörse vom 31. August 1931)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Montag die Tendenz für Weizen schwach. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich Abschläge von  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Mark. Das reichliche Angebot in prompter Ware stiess auf geringe Nachfrage. Sowohl die heimischen Mühlen wie auch die Exporteure hatten kleinen Bedarf, sodass auch hier die Preise um etwa 2 Mark zurückgingen. Stetiger war Roggen veranlagt. Das Angebot in effektiver Ware war nicht sehr reichlich; die Mühlen wie auch der Handel zeigten bessere Kauflust, sodass sich die Preise im Prompthandel wie auch am Markt der Zeitgeschäfte behaupten konnten. Weizenmehl hatte sehr ruhigen Markt bei eher weichenden Preisen. Für Roggenmehl war die Kauflust besser. Am Hafermarkt war das Angebot reichlich. Auch hier zeigten die Preise bei kleiner Nachfrage Neigung zur Schwäche.

	29. August	31. August
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	212 - 214	208 - 210
Roggen	170 - 172	170 - 172
Neue Wintergerste	154 - 164	154 - 164
Hafer	136 - 146	132 - 142
Weizenmehl	26,25-33,00	26,00-33,00
Roggenmehl	24,00-26,50	24,00-26,50
Weizenkleie	11,75-12,25	11,75-12,25
Roggenkleie	10,10-10,60	10,10-10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 221-222  $\frac{1}{4}$  (Vortag 223), Oktober 221-222  $\frac{1}{2}$  (223), Dezember 221  $\frac{1}{2}$ -223  $\frac{3}{4}$  (223). Roggen September 183  $\frac{1}{2}$ -184 (183  $\frac{1}{2}$ ), Oktober 183-185 (183), Dezember 184-185  $\frac{1}{2}$  (183  $\frac{1}{2}$ ). Hafer September 142  $\frac{1}{2}$  (143), Oktober - (144), Dezember - (146).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier, festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 31. August. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 11, über 60 gr 10,25, über 53 gr 9,50, über 48 gr 8,25, frische Eier 9, aussortierte kleine und Schmutzeier 6,50. B. Ausländseier: Dänen 18er 11,50, 17er 10,75, 15  $\frac{1}{2}$ -16er 10, Estländer 17er 10,25, 15  $\frac{1}{2}$ -16er 9,50-9,75, leichtere 9,25, Holländer 68 gr 11,50-11,75, 60-62 gr 10,25-10,75, 57-58 gr 10-10,25, Bulgaren 8, Rumänen, Ungarn und Jugoslawen 7,50-8, Russen normale 7,50-7,75, Polen normale 7-7,50, kleine Mittel- und Schmutzeier 5,75-6. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe, Tendenz: ruhig.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station vom 31. August: Weisse Kartoffeln 1,40-1,50, rote und Odenwälder Blaue 1,50-1,60, andere Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,60 bis 1,80 RM.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 66

Berlin, den 31. August 1931

## Das verschenkte Erbe.<sup>x</sup>

SPD- Frau Reimers ist jetzt 66 Jahre alt. Ihr Mann ist tot, Kinder hat sie nicht, und geschuftet hat sie ihr Leben lang. Nun ist sie müde; nun hat sie genug von den Schmerzen im Rücken, die immer stärker werden, von den 4 Treppen, die sie täglich laufen muss, vom Lärm im Haus, auf der Strasse. Sie hat keine Angst vorm Sterben; sie freut sich auf das Ausruhen. Ueber eins nur grübelt sie macht sie sich Gedanken. Frau Reimers ist nicht etwa eine reiche Frau - wie soll das auch eine Proletarierfrau je werden können; aber sie hat sich doch nach der Inflation noch 500 Mark zusammengespart, und sie hat noch gute Wäsche, anständige Möbel und eine alte Vorstecknadel. Was wird aus den Sachen, wenn sie tot ist? Dann kommen die Neffen und Nichten, die sich nie um sie gekümmert haben, die ihr nie Liebe gezeigt haben, und wühlen alles durcheinander, streiten sich bei der Teilung um jedes einzelne Stück.

Wenn Frau Reimers so weit kommt in ihren Gedanken, dann wird sie ganz kribblig; nein, sie will und will nicht, dass einer von der Blase auch nur das geringste von ihr bekommen soll; das wird sie schon so einrichten, dass es nicht dazu kommt.

Viel lieber hinterlässt sie den ganzen Kram ihrer Nachbarin, mit der sie schon über 20 Jahre friedlich zusammenhaust. Die hat sich um sie gekümmert, als sie krank war und nicht selbst einholen konnte; sie hat sie gepflegt, und in der Nacht, als sie auffuhr mit einem Schrei und einer schrecklichen Angst, weil das Herz plötzlich so einen komischen Ruck gegeben hat, da ist die Frau Rösicke auf das Stöhnen hin flink hereingekommen, und als sie die Bescherung sah, da hat sie, mitten in der Nacht, sich auf den Weg gemacht und den Doktor geholt.

Das ist nun schon wieder bald vier Wochen her. Frau Reimers wollte ihrer Nachbarin damals gleich die Brosche schenken und eine Tischdecke, die immer noch ihren alten seidig weissen Glanz hat, wie neu vom Ladentisch. Aber es war doch schwer, sich von den guten Sachen zu trennen, und die gute Seele, die Rösicken, hat's auch gleich weg gehabt. - "Ach", hat sie gesagt, "lassen Sie man, Frau Reimers, lassen Sie man, ich weiss ja, wie das is mit sone alten Schätze; da kann man sich überhaupt nich von trennen. Und wenn Sie überhaupt wollen, denn hat's auch nachher Zeit."

Das hat der alten Reimers denn auch sehr gefallen. Warum soll sie sich heute schon von den Sachen trennen, solange sie noch Freude daran hat; und lange wird's nicht mehr dauern; das merkt sie ganz genau; und dann kanns die Rösicken die kräftige Frau, noch lange genug haben.

Damit aber auch alles seine Richtigkeit hat, schreibt sie auf einen schönen Briefbogen: "Alle meine Sachen schenke ich meiner treuen Nachbarin Frau Rösicke nach meinem Tode soll sie sich alles nehmen. Ida Reimers, Berlin, den 6. April 1930".

Frau Rösicke nahm sich den Brief mit und freute sich sehr, denn brauchen konnte sie alles sehr gut. Als es dann so weit war, als man die Mutter Reimers draussen zur Ruhe gebracht hatte, da wollte nun Frau Rösicke sich die Sachen nehmen, wie es nach dem Willen der Toten geschehen sollte.

Aber da hatten die beiden Frauen die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn nun kamen die Verwandten und sagten, sie seien die Erben. "Ja", sagte Frau Rö-

sicke, "das kann schon sein; aber es ist ja nichts da zu erben, denn die ganze Einrichtung und das Geld hat mir ja die Selige geschenkt". Und ruhig legte sie den Schenkungsbrief vor. Die lieben Angehörigen waren zuerst ganz starr. Aber einer war ein ganz Kluger und sagte: "Da müssen wir erst einmal sehen, ob die Schenkung überhaupt gültig ist".

Das war sie nun leider nicht, denn die beiden guten Frauen hatten nicht gewusst, dass zur Gültigkeit eines Schenkungsversprechens die notarielle Beurkundung erforderlich ist, die hier fehlt. Nur wenn die Schenkung bereits vollzogen ist, wenn also Frau Reimers bereits zu Lebzeiten die Sachen fortgegeben hätte, dann wäre der "Mangel der Form wieder geheilt" worden, wie es in der Juristensprache heisst.

Ist nun aber der armen Frau Rösicke garnicht zu ihrem Rechte zu verhelfen, das stärker ist als alle Formvorschriften?

Eine Möglichkeit gibt's: dass der Brief als Testament umgedeutet wird, das als privatschriftliches nicht der Beurkundung bedarf. Wenn er aber als privatschriftliches Testament gültig sein soll, so müssen folgende Vorschriften beachtet sein: Der Brief muss eigenhändig geschrieben, eigenhändig unterschrieben sein; er muss mit genauem Datum und der Ortsangabe versehen sein. Dass das Wort "Testament" darüber steht, ist zweckmässig, aber nicht unbedingt notwendig, wenn sich aus der ganzen Abfassung ergibt, dass die Schreiberin über ihr gesamtes Vermögen für den Todesfall hat verfügen wollen. Da nun Frau Reimers eine sehr korrekte Frau war, hat sie alle Formvorschriften in ihrem Brief erfüllt, sodass die Verwandten dann doch mit langer Nase abziehen mussten.

Hätte aber nur etwas gefehlt, z.B. das Datum oder die Ortsangabe, so wäre nichts zu machen gewesen; denn weder war dann das Schenkungsversprechen gültig, noch das Testament. Wenn man solche sehr schwerwiegenden Folgen vermeiden will, ist es schon am besten, dass man schon bei Lebzeiten die Schenkung vollzieht, oder dass man ein ordentliches Testament aufsetzt. Dazu gehört also, dass das Testament von A bis Z allein geschrieben ist (die Hand darf nicht geführt werden), dass es Datum und Ortsangabe und den vollen Namen des Schreibers als Unterschrift enthält.

---

### Unterwelt der Jugend.<sup>x</sup>

---

SPD. Man hat sich, nachdem man die ersten Berichte mit Skepsis und stärkstem Erstaunen gelesen hatte, daran gewöhnt, dass auch Berlin eine zünftige Unterwelt hat, und dass sie in Ringvereinen straff organisiert ist.

Eine Sache, die noch phantastischer klingt und den Jugendämtern und Wohlfahrtspflegern und -pflegerinnen noch viel mehr Sorgen macht, sind die wilden Cliques Jugendlicher. Man weiss viel weniger von Ihnen als von den Ringvereinen denn sie sind noch straffer organisiert; die Schweigepflicht wird viel energischer durchgeführt und sicherlich ihre Durchbrechung auch noch viel rigoröser geahndet. Diese jungen Menschen halten dicht und halten zusammen wie Pech und Schwefel. Umso gefährlicher ist die Existenz dieser Organisation. Nur mit Mühe und ganz allmählich ist es einigen wenigen in der Jugendfürsorge tätigen Menschen gelungen, dieses Material so weit zu sammeln, dass man sich heute ein annäherndes Bild der "Cliques" machen kann.

Mehrere Tausend Jugendliche sind heute in mehreren hundert Cliques vereint. Jede Clique hat zwanzig bis vierzig Mitglieder. Sie alle sind in zwei grossen Ringen vereint, einem Nord- und einem Südring, die im Grunde aber auch zusammen gehören. Ihre Entstehung datiert - wenn man historische Präzedenzfälle nicht anführen will - von den Jahren 1915 und 1916 ab. Damals verdienten die Jugendlichen unverhältnismässig viel Geld, und fast alle ihre Erzieher waren im Felde. Um den Folgen, die sich daraus ergaben, zu begegnen, führte man die verschle-

densten Zwangsmassnahmen ein, Sparerlasse, Tanzverbote und ähnliches. Die Folge davon war, dass sich Jugendliche zusammenschlossen und in Dorfschänken zogen. Alkohol, Musikinstrumente und ihre Bräute nahmen sie mit. Das war der Anfang. Heute muss man Cliques mit rein kriminellem Einschlag und solche, die das Wandern ernsthaft oder als Aushängeschild propagieren, unterscheiden. Meistens werden aber die Grenzen schwer zu ziehen sein, und in der Regel wird sich die Tendenz der einzelnen Clique nach der Art und Veranlagung ihres Führers richten. Denn der "Cliquenbulle", wie der Anführer offiziell heisst, ist der unbedingte Herrscher und bleibt es meist, solange er Mitglied der Clique ist. Eine wichtige Rolle neben ihm spielt der "Sittenbulle", der die Cliques-Taufen und die Feiern zu veranstalten hat. Den Taufen gehen bestimmte Aufnahmeprüfungen voraus, die meist nicht nur Ausdauer, Wagemut und Mannbarkeit beweisen sollen, sondern auch recht oft, wie ein Jugendpfleger sich ausdrückt, "derart sind, dass man sich in einem Kreise wüster, perverser Lebemänner glaubt".

Zu den einzelnen Cliques gehören bestimmte "Cliquenkühe", ein wenig schmeichelhafter Name für die "Bräute", die meist Allgemeingut der Cliques sind. Gerade diese Frage aber hat den Cliques viel zu schaffen gemacht, und infolge der dauernden, meist blutigen Streitereien um die einzelnen Cliquenkühe hat man zu meist die Mädchengruppen aufgelöst und selbständige Mädchencliques gebildet. In letzter Zeit scheint man aber wieder zum "System der festen Bräute" zurückgekehrt zu sein.

Die einzelnen Cliquenbullen bilden zusammen eine Art Parlament, in dem allgemeine Fragen besprochen, Gesetze aufgestellt und Fahrten vereinbart werden. Dieses Parlament der Cliquenbullen wählt aus seinem Kreise den "Ringbullen", den obersten Herrscher über die Unterweltjugend. Er hat es aber, wie man sich leicht vorstellen kann, nicht gerade sehr einfach und kann seine Macht nicht schon durchsetzen, wenn er eine starke Persönlichkeit ist, sondern erst dann, wenn er auch ein starkes und grosses "Rollkommando" hinter sich hat.

Ueber die Cliques mit vorwiegend kriminellem Einschlag weiss man naturgemäss am wenigsten. Immerhin hat man durch verschiedene Gerichtsverfahren einiges feststellen können. So erinnert man sich noch an die Verhandlungen gegen die wilden Cliques "Tartarenblut Neukölln", den "Modderkrebs" und den "Nordring", Cliques, die offiziell eingegangen sind, aber unter anderem Namen weiterleben.

Besser ist man über die Wandercliques unterrichtet. Sie haben meist kostbare Fahnen, die manchmal hundertfünfzig bis zweihundert Mark kosten und in goldener oder silberner Handstickerei den Cliquennamen tragen, der gewöhnlich irgendwelcher Schundliteratur entlehnt ist. "Rinaldos", "Schrecken des Westens", "Apache", "Langes Messer", "Zigeunerliebe" und "Mädchenscheu" sind solche beliebtesten Bezeichnungen. Sie haben ihre eigenen Lieder, die meist nicht sehr salonfähig sind, ihre eigenen Kapellen, und der Knüppel des Tambourmajors ist eine besondere Attraktion. Diese Stöcke werden mit Vorliebe von anderen Cliques geraubt, und jede trägt ihren Namen darin ein. Je mehr Namen ein solcher Knüppel vereinigt, desto wertvoller ist er, und desto mehr ehrt er die Clique, die ihn gerade besitzt.

Alle Cliques aber sind naturgemäss durchweg stark asozial eingestellt. Sie nennen sich selbst den "sechsten Stand" und wettern gegen die Gesellschaft besonders gegen die Erzieher aller Art. Entsprungene Fürsorgezöglinge sind ihre grössten Helden und avancieren bei ihnen sehr schnell zu Cliquenbullen.

Eine Zeitlang hat sich besonders die kommunistische Partei um diese wilden Cliques bemüht. Sie gründete den "Roten Wanderring", dessen Aufruf mit den Worten begann: "Verwahrloste Jugend! Lausejungen! Zuhälter! Strolche! Diebe! Plünderer!...." Aber dieser rote Wanderring ist bald wieder zerfallen. Man nimmt an, dass von allen rund sechshundert Jugendcliques in Berlin höchstens zwanzig Prozent politisch interessiert sind. Den anderen genügt es, ein asoziales Leben zu führen. Aus ihnen nehmen die Ringvereine ihren Zuwachs.

Ein Stück Berliner Unterwelt, vielleicht ihre dunkelste und erschütternd-



ste Seite. Denn wieviele von diesen Knirpsen der Tiefe werden wohl den Weg zurückfinden in die Gesellschaft, zurück in ein geregeltes, pflichtbewusstes Leben?...

Mario Mohr.

---

Tante Lenchen.<sup>x</sup>

---

SPD. Der Arbeiter Mathias Hauck aus Dudweiler im Saargebiet war von der Frühschicht nach Hause gekommen, hatte gegessen, sich seine Pfeife angesteckt und las nun in aller Ruhe seine Zeitung. Schon seit Jahren ist er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Bezieher der Saarbrückener "Volksstimme". Und er liest sie sehr genau: erst die Politik, dann das Neueste und allgemeine Nachrichten. Er freut sich darüber, dass jetzt endlich energisch Front gemacht wird gegen die hohen Gehälter. Das konnte ja auch so nicht mehr weitergehen... Dann blättert er ein bisschen, schaut nach den Anzeigen und macht seine Frau auf einen Ausverkauf aufmerksam.

Er wollte die Zeitung schon beiseite legen, da fiel sein Blick auf einen Artikel unterm Strich. "Eine Heldin des Alltags" stand darüber. Die ersten Sätze überflog er flüchtig. Dann wurde er aufmerksam. "Lenchen Demuth hiess sie...." - Lenchen Demuth, und war Dienstmädchen bei der Familie Marx in Trier die dann später nach London verzog. "Frau", ruft er aufgeregt, "da schau mal her; hier steht ja etwas von der Tante Lenchen!" - Und dann lesen sie gemeinsam und mit heissen Köpfen die Geschichte des wackeren, aufrechten Lenchen, das trotz aller Not seiner geliebten Herrschaft treu geblieben ist. Es war "nur" ein Dienstmädchen. Und doch so geachtet und geschätzt, dass es neben Karl Marx und seiner geliebten Jenny auf dem Highgate-Friedhof in London zur letzten Ruhe bestattet wurde.

"Das kann gar niemand anders sein", sagt Mathias Hauck, und Tränen treten ihm in die Augen. "Wer hätte das gedacht!"

"Weisst Du noch", sagt seine Frau, "sie hat uns doch jedes Jahr ein Paket mit Kleidern geschickt, und jedes Mal, wenn sie kam, hat sie etwas mitgebracht".

"1888 war sie zum letzten Mal zu Besuch, und da hat sie mir die Uhr geschenkt". Mathias Hauck zieht die Uhr aus der Tasche und betrachtet sie mit Rührung.... "Sie erzählte noch, dass sie die Kette in Paris gekauft hat. Kannst Du Dich entsinnen? - Zwei Jahre später erhielten wir die Nachricht von ihrem Tode." -

Und sie entsinnen sich weiter, dass vom Vater her noch ein altes Notizbuch unter den Familienpapieren liegt. Richtig: da ist die Londoner Adresse von Karl Marx fein säuberlich aufgeschrieben, und da liegt auch noch ein Bild: Das also war Lenchen Demuth: eine Frau mit einem klugen, mütterlich-weichen Gesicht und guten, hellen Augen. So musste sie aussehen, von der Eleonore Marx sagte, sie sei "die Seele des Hauses" gewesen.

Ein stolzes Lächeln geht über das Gesicht des Genossen Mathias Hauck. Er freut sich ehrlich und echt: in seiner Zeitung hat es gestanden, und es war seine Tante, die von unserm grossen Karl Marx, dem Führer und Vorkämpfer des Weltproletariats, geschätzt und geehrt wurde. Umso mehr tut es ihm leid, dass er damals nicht gewusst hat, damals, als Tante Lenchen ihm die Uhr schenkte... Er hätte sie dann bei ihren Lebzeiten noch viel höher geschätzt.

Es wurde weiter ermittelt, dass Lenchen Demuth in St. Wendel geboren ist. Sie freut sich mit der Familie Hauck aus Dudweiler die gesamte Sozialdemokratie des Saargebietes, die stolz darauf ist, dass das Lenchen, dessen Name mit denen von Karl und Jenny Marx so eng verbunden ist, aus ihrem Ländle stammt. L.K.

---

## Schimmel in Nöten. x

---

SPD. Also, dass ich's gleich im voraus sage: es handelt sich hier nicht um ein Trab=Trab=Pferdchen, sondern um einen Schimmel ganz besonderer Art. Er hat nur zwei Beine, dafür aber ein Plappermäulchen, das für vier ausreichen würde. Die Eltern sind biedere Arbeitsleute, und sie gaben ihrer Erna ein so hell blondes Haar mit ins Leben, dass man ihr zur Unterscheidung von anderen Ernas in der SAJ-Gruppe den Beinamen "Schimmel" gab. Und weil ich weiss, dass unser Schimmel einen Spass versteht, will ich heute einmal etwas ausplaudern, was sich in tiefdunkler Nacht ereignet hat und eigentlich nicht so ganz für die Öffentlichkeit bestimmt ist.

Die SAJ-Gruppen aus dem östlichen Westfalen, aus Lippe und Schaumburg=Lipp waren nach den herrlichen Bückebergen gekommen, um dort das neue Jugend=Wanderheim der SAJ einzuweihen. Am Vorabend gab's eine herrliche Sonnwendfeier hoch oben in den Bückebergen, prachtvoll von Wald umrahmt. In Massenquartieren, Zelten und Privatquartieren war die Invasion der roten Jugend in Wendthagen untergebracht worden. Kavaliere, wie wir nun mal sind, überliessen wir die Privatquartiere zumeist den Mädels. Nur soweit noch Platz war, konnten auch Jungens Privatquartiere beziehen.

Bis wir vom Sonnwendfeuer herunter ins Dorf kamen, war es längst 1 Uhr Morgens geworden. Wer beschreibt meine freudige Ueberraschung, als ich ins Zimmer meines Quartierwirts trete und da noch ein leckeres Abendbrot bereit finde. Ich brauchte es nicht einmal aufzufuttern, denn, siehe da, am Tische sass unser Schimmel und vergass fast vor lauter munterer Plauderei mit der Friedel den herrlichen Kuchen auf dem sauber gedeckten Tische. Die Grossmutter war noch auf. Sie ist der gute Geist, der hier über allem Schaffen im Hause waltet. Die letzte, die ins Bett geht, die erste, die am frühen Morgen wieder auf ist. Und als ich ihr sage, wenn im Paradies ein solch leckerer Kuchen gestanden hätte, dann würde die Schlange der Eva garnicht erst zum Essen haben zureden brauchen da glänzen ihre Augen stolz, und ein freundliches Lächeln dankt für die Anerkennung, die die Back- und Kochkunst des Hauses hier findet.

Aber ich komme ganz ab von dem, was ich eigentlich erzählen wollte. Nachdem wir uns an all den Herrlichkeiten gütlich getan hatten, kriegt's der Schimmel plötzlich mit der Wanderlust. Er möchte ein bisschen trab=trab durchs Dorf stolpern. Mitten in der Nacht! Na, ich bin kein Spielverderber, und die Frieda sagt auch nicht nein. Wir ziehen also los. Aber Petrus ist vernünftiger als wir und jagt uns nach einer halben Stunde mit einem leichten Sprühregen wieder heim. Wir legen uns gleich in unsere sämtlichen Betten, und ich gebe mir die allergrösste Mühe, einzuschlafen. Da hatte ich meine Rechnung aber ohne die Wendthausser Katzen gemacht. Die fingen plötzlich an, einen so höllischen Spektakel zu inszenieren, dass man glauben mochte, wir lebten im Frühling. Dabei war es doch Mitt'sommer. Na, vielleicht haben die Kater und Katzen sich in Wendthausen ein bisschen verspätet.

Endlich wird es wieder still draussen. Dann klungen unten auf der Dieler Männerschritte. Unser Quartierwirt - er ist der rote Bürgermeister der Gemeinde - muss zur Frühschicht ins Bergwerk. Irgendwo im Hause schlägt eine Uhr. Es ist drei Uhr morgens. Das Schloss knackt, das Tor geht auf und zu und wird wieder abgeschlossen. So, jetzt komme ich endlich zu meinem Schlaf!

Doch da hatte ich mit einem anderen Unruhegeiste nicht gerechnet. Die Tür zum Zimmer nebenan geht auf, und irgendwer geistert die steile Treppe hinunter. Man merkt ordentlich, dass er sich Mühe gibt, nicht gehört zu werden. Es sind leise Schleichschritte, aber die Treppe knarrt doch bei jedem Schritt: rrrrrt, rrrrrt, rrrrrt... Was ist denn das schon wieder, denke ich mir, und ergebe mich ins Unvermeidliche.

Unten auf der Dieler rüttelt jemand am Tor; erst sachte, dann kräftiger und schliesslich wütend. Das Tor geht nicht auf. Dann wird irgendeine Tür geöff-

net und wieder zugemacht. Eine zweite Tür folgt, offenbar die Küchentür, denn man merkt, dass es eine Glastür ist. Dann wird eine dritte Tür aufgestossen, und ein entsetzter Schrei hallt durch die hohe Diele. Eilige Schritte rennen die Treppe herauf. Diesmal nicht im Schleichschritt. Es ist, als hätte der nächtliche Wanderer den Bauch voll Wut. Die Türe nebenan wird zugeklinkt, und endlich kann ich in Morpheus' Arme sinken. Ich schlafe etwas schneller und hoffe, auf diese Weise den Verlust an Ruhe wieder einzuholen.

Kurz nach 7 Uhr rumpelt der Schimmel gegen meine Tür: "Aufstehen, Langschläfer; wir wollen nach Stadthagen!" Es dauert eine ganze Weile, ehe ich meine Knochen zusammenbringe. Eine Viertelstunde später sitzt unser dreiblättriges Kleeblatt am Frühstückstisch. Als Dessert beichtet der Schimmel seine nächtlichen Erlebnisse.

Am Abend vorher hatte er mit kundigen Augen festgestellt, dass jenes kleine Häuschen, wohin der Mensch in seinem dunklen Drange zuweilen gehen muss, sich im Hofe draussen neben der Düngergrube befindet. Um einviertel nach 3 Uhr Morgens hat's nun den Schimmel herausgetrieben. Er wollte nicht, aber er musste.

Jetzt wurde mir allmählich das Herumgeistern klar, das mich nicht hatte einschlafen lassen. Unser Quartierwirt hatte den Schlüssel zum Tor innen abgezogen und, als er auf Schicht ging, das Haus von aussen wieder verschlossen. Dass auf der Diele noch ein zweiter Schlüssel am Haken hing, war dem Schimmel entgangen, und das verursachte ihm arge Pein. Sämtliche Türen auf der Diele hat der Schimmel dann forschenderweise aufgemacht. Den Ort seiner Sehnsucht fand er aber nicht. Eine Tür führte in den Kuhstall. Da wäre der Schimmel um's Haar einer wohlgepflegten Kuh auf den Schwanz getreten. Deshalb der Ensetzenschrei.

Unser Schimmel hatte in dieser Nacht schon ein ausgesprochenes Pech. Es war nämlich für nächtliche Zwecke noch ein stilles Kämmerlein im Hause. Und Schimmel hatte alle Türen auf der Diele aufgemacht bis auf eine. Gerade diese eine aber führte auf ein stilles Oertchen, das jene Einrichtung enthielt, um deretwillen unser Schimmel herumgeistert war.

Seitdem ich diese nächtlichen Wanderungen des Schimmel erlebt habe, steht in mir der unwandelbare Entschluss felsenfest: Wenn du in ein Privatquartier gehst, dann erkundige dich, bevor du ins Bett steigt, genauestens nach allen örtlichen Verhältnisse, vor allem nach den Verhältnissen des bewussten Oertchens; sonst geht's dir wie dem Schimmel in Wendthausen.

Fix.

SPD. Reform der Eheschliessung.<sup>X</sup> Im englischen Oberhause wurde in zweiter Lesung ein Gesetz angenommen, dass die bisher verbotene Ehe zwischen angeheirateten Neffen oder Nichten und dem Onkel oder der Tante zulässt. Die Ehen waren bisher verboten, und die Kirche wehrt sich auch jetzt noch energisch gegen das neue Gesetz. Es ist nicht allzu lange her, dass auch die Ehe mit der Schwester der verstorbenen Frau in England verboten war. Ein Gesetz, das sie gestattete, wurde erst erlassen, als eine solche Ehe im Königshause (!) geschlossen werden sollte.

SPD. Ein Gramm Mutterwitz ist so viel wert wie ein Pfund Studium.  
Schottisches Sprichwort.

SPD. Jeder Hahnist auf seinem eigenen Misthaufen Fachmann.  
Schottisches Sprichwort.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 31. August 1931.

Ein distingierter Ausländer.<sup>x</sup>

Von A. Neratow.

SPD. Der junge Schauspieler Fedja hatte eine Tante, die sich im Ausland aufhielt. Volle sechs Jahre erhielt er von ihr keinen Brief, kein Schreiben, keine Nachricht. Eines schönen Tages kam unerwartet wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein mächtiges Paket für Fedja an. Der Inhalt bestand aus einem Ueberrock und einem weichen Hut. Der Ueberrock war nach der neuesten Mode: eng in der Taille, mit wattierten Schultern und mit einem Riegel im Rücken. Der Hut war breitkrempig und von mausgrauer Farbe.

Als Fedja Rock und Hut anlegte und vor den verstaubten Spiegel des Speisemanners trat, - - prallte er zurück. Er erblickte einen lächelnden jungen Mann, der seiner ganzen Erscheinung nach unzweifelhaft ein distingierter Ausländer war. Solche Leute sieht man sonst nur in ausländischen Filmen, oder wenn man ihrer innerhalb Russlands ansichtig wird, so handelt es sich ausschliesslich um Industrielle, die sich um eine grosse Konzession bewerben.

Nachdem sich Fedja von seinem Erstaunen einigermaßen erholt hatte, beschloss er auszuziehen. Elastischen Schrittes begab er sich auf den Corso. Mit einem Wonnegefühl ring er bewundernde Bemerkungen der Vorübergehenden auf. Vergessen waren die Misere des täglichen Lebens, die unbezahlten Rechnungen und die lästigen Proben. Aus einem in der Nähe gelegenen Restaurant drangen die Klänge eines schmissigen Foxtrot.

In bester Laune betrat Fedja ein Herrenmodegeschäft. Der Chef und zwei Commis eilten dem distingierten Ausländer entgegen. Ein beleidigter Käufer, dem man keine Beachtung mehr schenkte, verliess brummend den Laden. Fortan stand Fedja im Mittelpunkt des Interesses des Chefs, der Commis und der drei Verkäuferinnen.

"Krägen, Krägen," radebrechte "der distingierte Ausländer" und machte dabei mit dem Finger eine kreisende Bewegung um den Hals.

Als bald türmten sich Berge von Krägen auf dem Verkaufstische. Sogar die Frau des Chefs kam aus einem rückwärts gelegenen Zimmer und brachte noch eine Schachtel mit Krägen.

Fedja betrachtete lange und eingehend die Ware. Sieben Augenpaare verfolgten aufmerksam und gespannt jede seiner Bewegungen.

"Nee!" sagte der Käufer endlich. "Nix gut Krägen! In Europa nicht tragen so was! Dort Krägen labradoniert!"

Den letzten Satz verstand Fedja selbst nicht. Der Chef jedoch sagte entschuldigend: "Aber, mein Herr, sehen Sie doch! Welch eine Ware! Geradezu herrlich!"

Die dicke Verkäuferin, die vor lauter Anstrengung schwitzte, bemühte sich, gebrochen zu sprechen, weil sie glaubte, dass sie auf diese Weise eher verstanden werde: "No money! Pas d'argent! Kein Geld! Wir - - armes Land!"

Lange ging Fedja in den Strassen Moskaus spazieren. Er betrat zahlreiche Läden, photographische Ateliers und liess sich in Grammophongeschäften die neuesten Platten vorspielen. Schliesslich kaufte er mit grossartigen Gebärden in einer Apotheke ein Aspirinpulver.

Gegen Abend war er müde und hungrig und stieg in die Trambahn, um nach Hause zu fahren.

Kaum hatte er den Waggon betreten, als er geradezu Furore machte. Mit

grösstem Interesse beobachteten sämtliche Passagiere, wie Fedja einen Fahr-  
schein löste. "Acht Pfennig!" schrie ein Student, der zeigen wollte, dass er  
deutsch versteht. Andere, weniger gebildete, hoben der Reihe nach die Finger  
ihrer Hände und zählten dabei laut bis acht. Im Waggon herrschte grenzenlose  
Aufregung. Einer erzählte dem neben ihm Sitzenden, sein Schwager wäre seiner-  
zeit in Deutschland in Kriegsgefangenschaft gewesen und hätte dort gelernt,  
wie man Frankfurter Würstchen macht.

Da plötzlich schallte mitten durch die Atmosphäre der guten internatio-  
nalen Beziehungen eine mächtige vereinzelt Stimme.

"Fedja!" rief fröhlich der Schauspieler Butilkin und klopfte ihm auf  
die Schulter. "Du bist ja angezogen wie Lord Brummel!"

Ein bleiernes Schweigen trat ein. Sogar die Schaffnerin blieb wie ver-  
steinert stehen und vergass, einem Passagier den Rest herauszugeben.

"Ich nix russisch verstehen," murmelte Fedja erbleichend. Der Schreck war  
ihm in die Glieder gefahren, und er klapperte mit den Zähnen. "Ich wirklich  
nicht verstehen!"

Butilkin schüttelte sich vor Lachen. "Na, Fedja, dich hat wohl das Schaf  
gebissen! Wie kann bloss ein vernünftiger Mensch dorthin gehen, wo einen  
Schafe beißen?"

Mit diesen Worten riss Butilkin seinem Freunde den Hut vom Kopfe.

Alle Passagiere waren starr vor Erstaunen.

"Was soll das?" rief endlich einer. "Sie sind wohl toll geworden! Einem  
distinguierten Ausländer reisst er den Hut vom Kopfe! Wo bleibt denn die Intel-  
ligenz?"

"Eine wahre Affenschande!" schrieten andere. "Was werden die Deutschen von  
uns denken? Da kommt so'n feiner Mann zu uns, und Sie benehmen sich wie ein  
Rüpel!"

Butilkin war wie vom Donner gerührt. Es konnte kein Zweifel darüber be-  
stehen, dass der vornehme Fremde kein anderer als Fedja war, zumal da er eine  
Hose Butilkins trug, die er ihm eine Woche früher geliehen hatte.

"So 'n Lump!" dachte Butilkin. Dann kam ihm plötzlich, wie es immer zu  
sein pflegt, ein genialer Einfall. Nicht umsonst kannte er Fedja innen und  
ausen.

"Der Rock sieht gut aus," sagte Butilkin und befühlte mit den Fingern den  
Stoff. "Nur wird er nicht lange halten! Denn der Stoff besteht zu 90 % aus  
Papier."

"Gelogen," sprudelte Fedja mit reinstem Moskauer Akzent hervor. "Minde-  
stens 45 Schafe haben die Wolle dazu geliefert."

Zu spät erkannte Fedja, dass er aus der Rolle gefallen war.....

"Huligan!" schrie ein dicker Bürger. "Gemeinheit!" Von allen Seiten pras-  
selte eine Flut von Schimpfworten auf Fedja nieder. "Hochstapler! Sie Nie-  
mand!..."

Gesenkten Hauptes suchte sich der Entlarvte der Volkswut durch die Flucht  
zu entziehen. Er stieg aus. Erregte Stimmen drangen an sein Ohr. Selbst der  
Lausejunge, der auf dem Trittbrett kauerte, sprang ab, um ihm noch einen Fuss-  
tritt zu versetzen.....

(Deutsch von S. Borissoff.)

Wilhelm Raabe.<sup>x</sup>

(Geboren am 8. September 1831.)

SPD. Wilhelm Raabe wohnt, soziologisch gesehen, dicht neben Wilhelm Busch  
ihr geistig-seelischer Raum ist nahezu der gleiche. Beiden war der Wandel, der  
sich zwischen 1848 und 1870 im deutschen Volke vollzog, das entscheidende  
Gründerlegnis, und beide erfüllte er mit tiefem, lastendem Unbehagen. Nicht

dass sie den politischen und wirtschaftlichen Kraftzuwachs übersehen oder sich seiner geschichtlichen Bedeutung verschlossen hätten; aber wenn sie das Gewicht dessen, was da mit der Industrialisierung Deutschlands und dem Aufstieg Preussens zur Weltmacht gewonnen wurde, mit den versinkenden, unwiderbringlich absterbenden Werten verglichen, erschien ihnen der Gewinn unbeträchtlicher als der Verlust, und sie meinten, dass Reichtum, Ruhm und Ansehen mit der lauten Veräusserlichung, mit Protzertum und Kraftgeschrei allzu teuer bezahlt seien. Bei Busch setzten sich diese Unlustgefühle in gallig-stacheligen Humor und in jene Wort- und Bildkarikaturen um, deren groteske Zerrformen die Widersprüche einer zwiespältig-zerrissenen Zeit in genialer Vereinfachung festhalten. In Raabe dagegen wurde (und hier entfernte sich sein Weg weit von dem seines Schicksalsgenossen) das allgemeine Unbehagen zu Sehnsucht und Wehmut, um sich, je später desto mehr, zu weise überlegenem Verzicht und zu einer tief hintergründigen, an Verstecken und Verschnörkelungen überreichen Sprachform zu verdichten.

Der "Chronik der Sperlingsgasse", seinem vielgelesenen Erstling (1855), merkte man es noch nicht an, dass sich da ein Zeitkritiker voll Bitterkeit und unbeirrbarem Scharfsinn zum Worte melde, und just darum hatte sie so grossen Erfolg. Jean Paul schien hier noch einmal verjüngt auferstanden zu sein: so liebevoll werden die verschollenen Plätzchen und Häuser geschildert; mit so betulicher Umständlichkeit werden die Seelen kleiner Leute bis in den letzten Winkel abgeleuchtet; so ausschliesslich beherrschen Sentimentalität und Abseitigkeit den ganzen Roman.

Zu seiner eigenen Gegenwart kam Raabe auf dem Umweg über die Geschichte, der seine nächsten Dichtungen galten, zumeist kürzere Erzählungen. In ihnen erwacht die ganze Vergangenheit Deutschlands zu neuem Leben, erwachen Reformation und Dreissigjähriger Krieg, Freiheitskampf und Vormärz, aber nicht in führenden Männern und ausschlaggebenden Mächten, sondern in allerlei Verschollenen und Unbekannten: in einem Landsknecht etwa, den auf den Wällen der fremden Stadt die Sehnsucht nach der Heimat packt; in einem Nachtwächter, der von einem abgehausten französischen Offizier und der Friedhofsstille des Metternichschen Regimes erzählt; in ein paar Gänsen, um die in Bützow Revolution gemacht wird, indes in Paris Throne stürzen und Köpfe rollen. Diese Namenlosen als Träger der Handlung, als Sprecher und Berichterstatter gestatteten dem Dichter nicht nur, seiner Freude am Krausen und Schrullenhaften, am Rankenwerk der Seele, der Handlungsführung und des Stils die Zügel schiessen zu lassen; sie setzten ihn auch in den Stand, die Atmosphäre der verschiedenen Epochen, den Reiz ihrer intimsten Stimmungen mit wundervoller Feinheit einzufangen, weil das Allgemein-Menschliche, das zart und still für sich hinblühende nirgends vom Mythos der grossen Persönlichkeit überschattet wird. So bekommt der Begriff der "Geschichte" unter Raabes Händen ein neues Gesicht: sie erscheint nicht als Legende von Helden, Schlachten und Staatsaktionen, sondern als ein vieltöniges Lied des alltäglichen Menschenbeieinanders, als Werk und Schicksal der anonymen Masse, die bloss in einigen zufälligen Exemplaren liebevoll herausgestellt wird.

Das gleiche Verfahren verwandelt aber auch Raabes grosse Gegenwartswerke, die mit den "Leuten aus dem Walde" (1862) einsetzen, um im "Hungerpastor" (1863), in "Abu Telfan" (1867) und dem "Schüdderump" (1869) zu gipfeln, für uns in Geschichte. Aus Phantasterei und Erfindung blicken uns die Menschen und Probleme der entscheidenden deutschen Uebergangsjahre zwischen 1840 und 1860 getreulich an. Da sehen wir den Hunger des Bürgers von einst nach ideellen Gütern, nach geistigem Wachstum, künstlerischen Freuden und häuslichem Glück, und sehen daneben den Bourgeois hunger nach Reichtum und Macht sich aufrecken und jenes stille Behagen zerstören. Da wächst sich die kleine Welt des Vormärz zum wohlgeordneten Muster- und Ordnungsstaat aus; aber wieviel seelischer Reichtum geht dabei zugrunde, wieviel heimischer dünkt den aus der Fremde Zurückkehrenden das ferne Abu Telfan als die bürokratisierte, ka-

pitalisierte Heimat! Und da rollt - ein erschütterndes Sinnbild des endgültig vollzogenen Wandels - der "Schüdderump", der Pestkarren, durch die Welt und fährt "manches, was gut, edel und lieb war, und manches, was sich für bedeutend, epochemachend, unverwüstlich hielt oder dafür gehalten wurde", nach der "grossen, schwarzen, kalten Grube, in der kein Unterschied der Personen und Sachen mehr gilt". Man muss dieses Symbol, und was es besagen soll, neben die Taten Bismarcks und Moltkes halten, die genau in den gleichen Jahren durchgeführt wurden; erst dann erkennt man Raabes Zeitkritik in ihrem ganzen herben und unerbittlichen Ernst. Des ausdrücklichen Hinweises, dass er Absolutismus und Feudalismus, Polizei- und Militärmacht hasste, den Mammonismus verachtete und den Armen und Bedrückten sein reiches Herz weit öffnete, bedarf es dann gar nicht mehr.

Wohl aber muss etwas anderes gesagt werden: nämlich dass Raabe uns den Zugang zu den Schätzen seines Wesens nicht ganz leicht macht, dass der Sinn seiner Werke gesucht, ihr Gefüge und ihre Sprache enträtselt sein wollen. Ein Einsamer, der er war, liebte er es, sich zu verstecken, ging er auf hundert verschlungenen Wegen, barg er seinen Schmerz hinter einem heiteren Lächeln, seine weisesten Einsichten hinter einem Gehege spielender, neckender Worte. Darum muss man noch die Fähigkeit und die Zeit haben, sich hinzugeben, wenn man zu Raabes Bestem, Innerstem vordringen will. Aber dafür schaut man auch, von ihm geführt, dem deutschen Volke zutiefst in die Seele.

Dr. Alfred Kleinberg.

### ----- Die blaue Insel.<sup>x</sup> -----

SPD. Am Horizont das blaue Capri, die Insel des Tiberius. Sie lockt, sie ruft. Sirengesänge tönen und schwingen in uns bei ihrem Anblick. Pompeji ist tot, Capri lebt! Hinaus und hinüber!

Eine hohle See im Golf. Ihre Wogen rollen über einen Meeresboden, der vor vielen Jahrtausenden fruchttragende Erde war, über einen Boden, der in die Tiefe sank, als sich das Mittelmeer bildete. Capri steht als Gipfel eines Gebirges, als Rest einer versunkenen Landschaft mitten in den Fluten des tiefblauen Meeres.

Der Dampfer schwankt. Wie kurz doch diese Capri-Schiffe gebaut sind! Sie torkeln wie trunken zwischen Neapel und Sorrent, zwischen Sorrent und Capri. Vielleicht schwankten damals, bevor das Land, das heute vom Meere bedeckt ist, versank, die Bäume genau so im Winde wie die Masten dieser Schiffe. Dazu heisst unser Dampfer noch ausgerechnet "Principessa Mafalda", genau so wie das Unglücksschiff, das vor einigen Jahren an der amerikanischen Küste mit hunderten von Passagieren unterging. Ich bin nicht abergläubisch, aber ich sehne doch den Augenblick herbei, wo ich den schwankenden Kasten verlassen kann.

Aber schon offenbart sich die selige Küste von Sorrent. Am schroffen Felsen steigt die Stadt empor. Wolken umschleiern den spitzen Grat der Berge. Weisses Wallen in der Höhe, blaues Fluten am Ufer. Das ist das sagenhafte Sorrent, "wo die Tage so golden verfliegen, wo die Nacht sich so selig verträumt, wo am Felsen mit Wogen und Wiegen die gelandete Welle verschäumt." Paul Heyse hat dieses Lied gedichtet; wir alle haben es daheim gesungen. Hier aber ist sein Ursprung, seine Quelle, seine Geburtsstadt. Das Blau seiner Berge grüsst uns. Knaben springen mit jugendlicher Lust in die am Ufer blaugrüne Flut. Jubel erfüllt den Hafen. Später, wenn diese Kinder längst Kellner oder Handwerker, Fischer, Pförtner oder Fremdenführer geworden sind, werden sie zurückdenken an diese schöne Zeit.

Überall fällt Tuffstein in das gurgelnde Wasser. Überall hat die Unterwelt ihre Visitenkarte abgegeben. Dieses Land ist das Erzeugnis der Feuergewalten der Erde. Vom Golf von Manfredonia bis zum Golf von Neapel zieht sich

quer durch Italien und weiter nach Süden bis nach Sizilien hinunter die Zone der Erdbeben hin. Dieses Gebiet ist ein wundersames, ein sonniges Paradies - aber der Tod geht mitunter darin spazieren, um reiche Ernte zu halten. Doch der Dämon der Erde hat den Menschen nicht vertrieben. Immer wieder hat er sein Schicksal diesem Boden anvertraut.

Steil und unvermittelt trotz der Fels des Tiberius dem nagenden Gewoge der See. Jäh, gezackt, verbissen in den Grund des Meeres steigt Capri auf. Grauen wohnt hier, mit Lieblichkeit gepaart. Hier ist das Sirenenland Homers, hier ist Seligkeit und Tod, Fruchtbarkeit und Oede, Weinlaub und Ginsterstrauch. Zwischen zwei gewaltigen Felsen klettern die Häuser von Capri empor. Unser Dampfer fährt zuerst nach der "Blauen Grotte". An grotesken Fabelfelsen vorüber geht es nach einem Gewimmel von Booten, die alle auf die Fremden warten. Immer hübsch zu zweien darf man in eins der Boote steigen, die wie Möven auf dem leicht bewegten Wasser tanzen. Der Schiffer rudert nach einer Barke, die als eine Art von schwimmendem Kassenstand den Eingang der Grotte bewacht.

Die Einfahrt kostet für jeden 10 Lire. Dann rudert man dem schwarzen Loch am Fusse des hohen Felsens zu. Kurz vor der Einfahrt muss man sich flach ins Boot niederlegen. Der Schiffer ergreift eine Kette, die unter dem Eingang der Grotte gespannt ist. Mit sicherem Schwunge zieht er das Boot in die weite Halle der berühmtesten aller Grotten, die Capri aufzuweisen hat. Das Meer strahlt den Glanz des Himmels auf die Wände zurück. Leicht gleitet das Boot auf azurnem Grund. Durchsichtig blau ist das sanft atmende Wasser. Seine Klarheit gleicht dem Leuchten unschuldiger Kinderaugen, und fast will es unfasslich erscheinen, dass diese Wundergrotte das Lustbad des Tiberius gewesen sein soll. Im Hintergrunde der 50 Meter tiefen Grotte soll ein Gang emporführen, an dessen Ende das Heim der Mädchen des Tiberius gewesen sein soll. Durch mehr als tausend Jahre hat sich die Erinnerung an das kaiserliche Ungeheuer Tiberius auf der Insel lebendig erhalten. Mehr als tausend Jahre lang haben die Bewohner von Capri die Schönheit der blauen Grotte gemieden. Ihre Phantasie bevölkerte sie mit Seeungeheuern und bösen Geistern. Vielleicht gab es hier noch Wachleute des Tiberius, die jeden ergriffen, der in die Grotte eindringen wollte. Vielleicht aber war die Grotte auch der geheimnisvolle Landungsplatz des römischen Kaisers, in dem sein Geist weiter hauste. Erst in unsrer Zeit ist er wirklich gestorben. Zwei deutsche Maler haben ihn erlöst, sodass er endlich eingehen konnte zur ewigen Ruhe. Die Maler Kopisch und Fries liessen sich von den Erzählungen der Inselbewohner nicht abschrecken, in die Grotte hineinzuschwimmen. Das war 1826. Seitdem ist der Ruf dieses Kleinodes der Natur in die ganze Welt gedrungen.

Der Schiffer bittet um ein Trinkgeld und stellt gleich seine Forderung. Die Leute sind hier auf reiche Amerikaner eingerichtet. Dann fährt der Dampfer nach der Marina grande. Wir werden ausgebootet und betreten den Strand der blauen Insel, die sich jetzt im Schein der Mittagssonne in ein farbenfreudiges Stückchen Erde verwandelt hat. Händlerinnen bieten lange Ketten aus Korallenresten an; Postkarten werden angepriesen. Wir besteigen endlich eine kleine Bergbahn, landen auf einer Terrasse und geniessen von hier den herrlichen Blick auf den Golf und den rauchenden Vesuv. Auf enger Strasse geht es zu Fuss weiter. Gastwirtschaften locken mit Musik. Eine kleine Buchhandlung zeigt eine geschmackvolle Auslage. Der Besitzer ist ein Deutscher, sonnenverbrannt und gesund, schon lange auf der Insel.

"Auf Anacapri können Sie billig wohnen. Schreiben Sie mir, wenn Sie einmal länger hier bleiben wollen!"

Er begleitet uns zurück. Wir stehen auf schmalen Treppen hinab an den Stead. An Weingärten geht der Weg vorbei. Dicke Trauben hängen erntereif.

"Wollen Sie zur grünen Grotte?"

Ein Fischer bietet uns eine billige Fahrt um die Insel an. Dann rudert er uns mit kräftigen Schlägen an der Felsenherrlichkeit entlang. Eine Taube sitzt am Eingang der wundervollen Grotte, die wie ein gotisches Bauwerk sich öffnet. Grün übergossen leuchten Wasser und Felsen. Sie ist kleiner als die



blaue Grotte, diese "grotta verde", aber sie ist nicht minder geheimnisvoll und verlockend.

In der Ferne heult der Dampfer. Schaurig, bedrückend ist es, wie er seine Gäste ruft. Wir rudern zurück. Viele Boote lösen sich von der Insel, Am Fallreep gibt es ein Gedränge. Ein Bursche taucht gewandt nach Münzen, die von den Fremden ins Wasser geworfen werden. Er lacht vergnügt; er liebt die Fremden, denn er lebt von ihnen. Früher war Fischerei, vor allem Korallenfischen, das Hauptgeschäft. Heute ist das anders. Es ist ein Glück für die Bewohner, dass die Technik das Reisen leicht gemacht hat.

Als der Dampfer im Hafen landet, ist die Dämmerung da. Der Vesuv lässt seinen Rauch gerade in den Himmel steigen. Später entdecken wir, dass kleine Glühwürmchen den Berg emporklettern: die von Cook gebaute Bergbahn. Die Insel Capri versinkt wieder im Abendschein. Die blaue Stunde ist da. Langsam entschwindet die blaue Insel in der Ferne.

Willy Möbus.

### Schneepflanzen im Sommer.<sup>x</sup>

SPD. Jeder Bergsteiger hat schon von einer Schneeflora gehört; manche haben sie auch selbst gesehen, jene vielberühmten und oft beschriebenen Schneevalgen, den roten Schnee der Firnfelder, der schon seit den Zeiten des Aristoteles bekannt ist, ohne dass den Meisten seine wahre Natur klar wäre, Er ist eine Erscheinung des Sommers, denn vor Mitte Juni hat man ihn selten beobachtet; um diese Zeit jedoch sieht man, gewöhnlich nach lang andauerndem schönem Wetter, auf den höchsten Firnfeldern ansehnliche Strecken mit zartem Karminrot überzogen, das an den Rändern gelblich erscheint, hier und da sich auch zu lebhafterer Färbung verdichtet. Schreitet man über solch ein rotes Firnfeld, dann quillt es unter den Füßen auf wie Blut, sodass sich nicht wenige unheimliche Sagen an diese Erscheinung geknüpft haben. Sie kommt in allen Teilen der Alpen, wo ausgedehnte Firnfelder zu finden sind, vor; man hat sie in den Savoyer und Walliser Bergen ebenso beobachtet wie im Berner Oberland. Ein berühmtes rotes Schneefeld befand sich am Rhonegletscher; die Erscheinung kehrt wieder am Glärnisch und Säntis, an der Silvretta, in den Stubai und Oetzta Bergen und im grossen Firngebiete der Hohen Tauern.

Nirgends jedoch liegt hier ein Widerschein von Alpenglühen oder von Blut-taten vor, wie die Sagen erzählen, wenn auch die Alpen viel unschuldig vergösesenes Blut widerspiegeln könnten, sondern fast stets ist es eine einzellige Pflanze, die der Botaniker als Sphaerella nivalis bezeichnet, die den Schnee bis zu einer Tiefe von etwa 5 Zentimetern in Millionen und Abermillionen Exemplaren durchsetzt. Es ist eine sehr eigentümliche Lebensweise und ein sehr merkwürdiges Geschöpf, das sich ihr hingibt. Eine kleine Kugel, die gewöhnlich in einer dünnen Hülle ruht, aber in den Stunden, da sich der Firnschnee erweicht und sich Pfützen stehenden Wassers auf ihm bilden, zwei Bewegungsfäden hervorstreckt, mit deren Hilfe das zierliche Ding, von dem etwa 50 auf 1 Millimeter gehen, ein Weilchen umherschwimmt. Seine rote Farbe scheint ein Schutzmittel gegen intensives Licht und die Kälte zu sein. Am Nachmittage, wenn die laut murrenden Gletschergewässer verstummen und der Gletscher für fast 16 Stunden zu seinem eisigen, nur durch das Krachen der Gletscherspalten unterbrochenen Schweigen zurückkehrt, versinken auch die Blutalgen des Schnees wieder in ihren Scheintod. Wovon sie sich nähren, ist schwer festzustellen. Sie arbeiten zwar im Hochlicht, sind aber in Bezug auf mineralische Nahrung wahrscheinlich auf den kosmischen Staub angewiesen, der sich aus dem Himmelsraum auch auf die höchsten und reinsten Firne herabsenkt, sodass diese im Sommer nur zu häufig verstaubt und schmutzig aussehen.

Dr. R.H.Francé.

## Wilhelm Raabe.<sup>x</sup>

---

SPD. Der stärkste Einwand, den man gegen Wilhelm Raabes literarische Kunstwelt erheben könnte, würde vielleicht die gänzliche Abkehr vom Fluidum seiner Zeit, in der er lebte, betreffen. Auch in seine historische Darstellung bringt er keine beziehungsreichen Hinweise auf heutiges Empfinden, wie es später etwa Johannes V. Jensen oder Alfred Döblin taten, ohne die Echtheit zu verfälschen. Gegenüber den einst berühmten, heute vergessenen historischen Romanschriftstellern des 19. Jahrhunderts dagegen hat Raabe das ruhige Gemüt, die stille Einfalt, eine im Tiefsten gemütvollste Bescheidenheit für sich, die ihm immer noch eine Gemeinde schaffen wird.

Von dieser ganz wie von selbst sich Beachtung erwirkenden Art zeugen auch seine Zeichnungen, die erst in diesem Sommer innerhalb einer Ausstellung "Deutsche Dichter als Maler und Zeichner" in Heidelberg der breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Es sind Federzeichnungen, einfach und anspruchslos, weder besonders gekonnt noch auf eine Pointe hin abgestellt. Von Raabes Charakter abersprechen sie mit aller Deutlichkeit. Man hat diese im Format ganz kleinen Blätter - die Kriegsszenen, Städtebilder, Schiffe und den schnupfenden Mann - als nett bezeichnet, weil ihnen jede Rätselhaftigkeit fehlt. Bei Goethes lehrhaften Versuchen ist diese Rätselhaftigkeit da, bei E.T.A. Hoffmanns ungewöhnlichem Können ebenfalls, und bei den vielen anderen ist zum mindesten ein bestimmter Witz oder eine geistreiche Formulierung zu finden. Gerade in der scheinbaren Rätsellosigkeit jedoch liegt der tiefere Sinn von Raabes Eigentümlichkeit. Er wollte den Empfindungen seines literarischen Schaffens auch in zeichnerischer Manier Ausdruck geben. So entstand ein sehr klarer und höchst unkomplizierter Realismus, der dort aufhört, wo Raabes Erzählungsweise mit ihrer eigentlichen, idealistisch versponnenen Grundgebung erst anfängt. Ähnlich, wie bei Gottfried Keller, dem zuerst auf das Malhandwerk Bedachten, erst die Erzählungsform die tieferen Quellen seiner Kunst aufspringen liess. O.B.

---

SPD. Eigentum ist Diebstahl.<sup>x</sup> Der englische Humorist Wodehouse hatte dem Schriftsteller Aldous Huxley einen Besuch abgestattet. Als er fortgehen wollte, regnete es so stark, dass er sich von Huxley einen Regenmantel leihen musste.

Am andern Tage trifft Huxley Wodehouse mit dem Gummimantel.

"Ah, ausgezeichnet", sagt Huxley, "ich wollte eben zu Ihnen, um mir den Mantel zu holen."

"Den brauche ich selbst", erwidert Wodehouse.

"Soso, und was soll ich denn mittlerweile tun?"

"Was geht das mich an," sagt Wodehouse, mit langen Schritten entfliehend, "pumpen Sie sich doch einen.....!"

---

SPD. Tücke des Zufalls.<sup>x</sup> In dem Städtchen Llonquodno in Wales hatte man einen neuen Bürgermeister gewählt. Man hatte am Tage seiner Amtseinführung einen grossen, schönen Triumphbogen errichtet. Oben baumelte ein Lorbeerkrantz und darüber eine Aufschrift: "Er hat ihn wohl verdient!" Nun geschah es jedoch, dass sich an dem Festtage ein ungeheurer Wind erhob, der den grössten Teil des Triumphbogens zerstörte und dabei auch den Lorbeerkrantz herunterriss. Nur ein langer Strick baumelte noch da oben traurig im Winde. Und als der Bürgermeister durch den zerstörten Triumphbogen zog, da las der ganze Festzug kichernd über dem Strick: "Er hat ihn wohl verdient!"

---